

67. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Oktober 2002

Inhalt

Offshore-Windkraft in Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 8. Oktober 2002
(Drucksache 15/1254)

Abg. Eckhoff (CDU)	4821
Abg. Dr. Domann-Käse (SPD)	4824
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4827
Senatorin Wischer	4829
Staatsrätin Winther	4832
Abg. Eckhoff (CDU)	4833
Abg. Dr. Domann-Käse (SPD)	4834
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4835
Abg. Eckhoff (CDU)	4836
Abstimmung	4837

Weserquerung im Zuge der A 281

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002
(Drucksache 15/1256)

Abg. Dr. Sieling (SPD)	4837
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	4839
Abg. Focke (CDU)	4840
Senatorin Wischer	4841
Abstimmung	4843

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bürger, Frau Dreyer, Frau Haker,
Kurpiers, Leo, Pflugradt, Röwekamp, Dr. Schulte.

Präsident Weber**Vizepräsident Dr. Kuhn****Schriftführerin Hannken****Vizepräsident Ravens****Schriftführer Schildt**

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 67. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren, folgende Gruppen sind anwesend: zwei neunte Klassen des Schulzentrums Am Waller Ring und eine Gruppe „Rentner aktiv“ der Gewerkschaft Bauen, Umwelt, Agrar und Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Integrationskurses für junge Spätaussiedler und Migranten an der Wirtschafts- und Sozialakademie.

Ich begrüße Sie herzlich in der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Offshore-Windkraft in Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 8. Oktober 2002
(Drucksache 15/1254)

(B) Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im dritten Quartal 2002 hat die Windenergiebranche weltweit mit neuen Meilensteinen auf sich aufmerksam gemacht. So wurde in Dänemark rund 15 Kilometer vor der Nordseeküste der weltweit größte Offshore-Windpark mit einer Gesamtleistung von 160 Megawatt errichtet. Derzeit gibt es weltweit zehn maritime Windkraftprojekte. Die Mehrzahl der Offshore-Windkraftparks befindet sich vor den Küsten der skandinavischen Länder.

Auch wenn in der Bundesrepublik das erste Offshore-Windprojekt voraussichtlich erst im nächsten oder übernächsten Jahr realisiert werden wird, müssen wir bereits heute, jetzt, die Weichen so stellen, dass Bremen und Bremerhaven an diesem Wachstumsmarkt teilhaben. Schlagzeilen wie „Das Bundesland Bremen entwickelt sich zu einem führenden Standort für Unternehmen der Windenergie“ konnten wir in den vergangenen Monaten häufiger nicht nur in den bremischen Tageszeitungen lesen. Das, was das Bundesland Bremen in diesem Bereich zu bieten hat, kann sich durchaus sehen lassen.

In Bremen und Bremerhaven gibt es bereits heute mehr als tausend Menschen, die in der Windener-

giebranche arbeiten. Mittlerweile sind bereits mehr als 90 Unternehmen und Institutionen in diesem Bereich tätig, und diese Unternehmen erwirtschaften jährlich einen Umsatz von mehr als einer halben Milliarde Euro. Vielleicht sollte man das auch noch sagen, eine Zahl, die man in den Gesprächen auch immer wieder erfährt, ist, bereits heute verarbeiten die bremischen Windenergiefirmen mehr Stahl, als es Vulkan oder AG „Weser“ zu ihren Glanzzeiten gemacht haben. Das zeigt doch deutlich, wie prima sich im Endeffekt diese Branche auch tatsächlich entwickelt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben in Bremen Firmen ansässig wie AN-Windenergie, wie Energiekontor et cetera, die führend in der Bundesrepublik Deutschland sind. Jetzt beim Thema Offshore-Windenergie sind es insbesondere die gute Infrastruktur, das Straßennetz, die Hafenanbindungen, der Containerterminal und die Schiffsverbindungen, die Bremen und Bremerhaven zu einem idealen Exportstandort für die im Land Bremen ansässigen Windenergie-Unternehmen und damit auch für das Thema Offshore-Windenergie hier machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerchaftsfraktion der CDU misst dem Thema Windenergie seit langem eine große Bedeutung zu.

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/
Die Grünen]: Auch der Senator?)

Seit 1996 haben wir parlamentarische Initiativen zu diesem wichtigen Thema gestartet. Ich darf nur an die Große Anfrage vom Juli 1996 erinnern oder auch an den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD in der Stadtbürgerschaft vom Mai 1997, der ein Meilenstein war im Durchbruch für die Windenergiebranche hier in unserem Bundesland Bremen. Daran möchte ich noch einmal erinnern, liebe Kollegen von der SPD und von der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gemeinsam in den letzten Jahren den Ausbau der Windenergie vorangetrieben in Bremen, und wir werden dies mit dem Thema Offshore-Windenergie auch in Zukunft gemeinsam tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Bürgerchaftsfraktion hat im Juni dieses Jahres in Bremerhaven eine Fachtagung zum Thema Offshore-Windenergie veranstaltet unter dem Thema „Frische Brise aus der Dose“, und wir haben uns damit ganz bewusst dieses Thema ausgesucht und

(C)

(D)

(A) diese Diskussion auch ganz bewusst in Bremerhaven veranstaltet, um insbesondere für den Standort Bremerhaven die Chancen herauszuarbeiten, die die Offshore-Windenergie mit sich bringt. Wir müssen, und davon bin ich überzeugt, in den nächsten Jahren gemeinsam über die Fraktionen hinweg große Anstrengungen unternehmen, damit Bremen und Bremerhaven in dieser Wachstumsbranche nicht die Puste ausgeht und wir nicht großartige Chancen ungenutzt verstreichen lassen, denn, meine Damen und Herren, die Konkurrenz schläft nicht. Zahlreiche Städte in den norddeutschen Küstenregionen sind mittlerweile in einen Wettbewerb eingetreten, um sich als Standort für Offshore-Industrie zu positionieren.

Insbesondere das Bundesland Niedersachsen mit den Städten Cuxhaven und Emden will Offshore-Windkompetenzzentren ausbauen. Dazu heute ein Blick in die „Nordsee-Zeitung“, wenn man sich das anschaut: „IHK-Initiative für Aufwind in Cuxhaven“. Dort werden heute Abend Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt, in denen man speziell, gemeinsam mit dem Bundesland Niedersachsen, für die Vorteile des Standortes Cuxhaven im Bereich der Offshore-Windenergie wirbt. Deshalb müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Standortvorteile weiter ausbauen. Gewerbeflächen und die Lage am Wasser, das können viele unserer Konkurrenten in Niedersachsen, doch das ist nicht alles, was das Bundesland Bremen und insbesondere Bremerhaven zu bieten haben.

(B) Ein besonderer Standortvorteil Bremerhavens gegenüber seinen Konkurrenten ist die vorhandene breite Basis an wissenschaftlichen Einrichtungen. Mit den Hochschulen des Landes, aber natürlich insbesondere auch der Hochschule Bremerhaven, auch mit der Universität in Bremen, mit den Technologietransferinstituten für Umweltschutz sowie für Energie- und Verfahrenstechnik in Bremerhaven haben wir bereits heute ein hervorragendes Know-how vor Ort.

Eine ähnliche Wissenschaftsinfrastruktur müssen Konkurrenzstandorte wie zum Beispiel Cuxhaven erst noch entwickeln. In Cuxhaven beispielsweise wird der Aufbau eines ingenieurwissenschaftlichen Kompetenzzentrums erst geplant. Eine Wissenschaftslandschaft wie in Bremen und Bremerhaven existiert dort nicht. Diese Vorteile gegenüber der niedersächsischen Konkurrenz müssen wir deutlich machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Unser gemeinsamer Antrag mit der SPD-Fraktion zielt deshalb auch auf die bestehenden Kompetenzen im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen ab und fordert den Senat auf, diese entsprechend zu stärken, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Studiengangs maritime Technik. Unsere Fach-

tagung hat deutlich gemacht, dass junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern zu uns kommen, um insbesondere in diesem Bereich zu arbeiten, viele davon sogar aus dem süddeutschen Raum. Dies ist zwar erfreulich, weil wir auch unsere Einwohnerzahlen in Bremen und Bremerhaven entsprechend entwickeln wollen, noch besser ist es allerdings, wenn wir insbesondere den jungen Leuten in Bremerhaven und in Bremen mit einer Stärkung dieses Bereiches eine Perspektive aufzeigen und sie vor Ort entsprechend ausbilden können.

Durch eine Schwerpunktbildung in der universitären Ausbildung wollen wir erreichen, dass es zwischen Studenten und Unternehmen der Windenergiebranche, ähnlich wie dies in Bremen in Bereichen des Technologieparks zwischen der Universität und den Firmen im Technologiepark bereits klappt, zu einem fruchtbaren Austausch kommt. So können bereits frühzeitig wichtige Kontakte geknüpft werden. Nach dem Abschluss ihres Studiums können dann diese jungen Leute aus Bremen und Bremerhaven einen reibungslosen Übergang in das Berufsleben finden. Ein Abwandern von Studentinnen und Studenten nach Abschluss ihrer Ausbildung kann somit auf diesem Weg auch verhindert werden.

Fazit: Ein Studiengang maritime Technik kann somit zu einem richtigen Standortvorteil für das Bundesland Bremen und insbesondere für die Hochschule Bremerhaven werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer wichtiger Aspekt in unserem Antrag sind auch die abgestimmten Marketingaktivitäten des Landes. Diesem Thema wird nach wie vor zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, auch wenn wir natürlich viele Mittel in den letzten Jahren zusätzlich in diesem Bereich bewilligt haben. Wir können das sehen am Technologiepark, wo die Vermarktung sicherlich, da sind wir uns in diesem Punkt zumindest alle einig, noch verbesserungsfähig ist. Wir können dies aber natürlich auch in einem wichtigen Bereich wie der Offshore-Windenergie sehen. Dort hat Bremen viel zu bieten. Hier gilt es, diese Vorteile aber nicht nur immer in den Landesgrenzen zu benennen, sondern diese auch verstärkt auszubauen und aufzuarbeiten!

Dazu, das will ich ganz deutlich sagen, begrüßen wir auch außerordentlich den Beschluss der Wirtschaftsförderungsausschüsse, die für die Stärkung eines Kompetenzzentrums entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ich glaube, die Zahl lag bei 750 000, wenn ich sie richtig in Erinnerung habe. Das wird von uns außerordentlich begrüßt. Dies ist ein erster richtiger Schritt, um genau den Bereich der Windenergie entsprechend zu unterstützen und

(C)

(D)

- (A) die Aktivitäten in diesem Bereich, vor allen Dingen auch die Marketingaktivitäten, entsprechend zu koordinieren.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, weiß ich auch, dass natürlich viel diskutiert wird über die Chancen und Perspektiven von Offshore-Windenergie. Es tagt im Moment gerade in Wilhelmshaven der europäische Kongress, wenn ich das richtig im Kopf habe. Wer sich heute den „Weser-Kurier“ anschaut und den Artikel, so steht da die Überschrift: „Die Skepsis wächst. Wann werden sich gigantische Windräder auf hoher See drehen?“ Dann wird viel über die Schwierigkeiten gesprochen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist doch auch häufig so, wenn sich neue Märkte entwickeln. Da kann man immer schauen und sehen, diskutiert man zunächst einmal nur über die Schwierigkeiten oder versucht man, auch die Chancen entsprechend zu diskutieren und auszubreiten.

Wir sagen das in diesem Fall ganz deutlich, wofür wir kein Verständnis haben, eine der wichtigen Aufgaben der Windenergie und der Offshore-Windenergie ist die Frage: Wie bekomme ich im Endeffekt den Strom vom Wasser, dort, wo der Wind ist und die Windräder sich drehen, an Land? Da gibt es im Moment wieder, wie das in einem anderen Fall von Windenergie schon war, insbesondere mit Naturschützern und Ökologen einen besonderen Konflikt.

- (B) Wir haben vor Jahren diskutiert, inwieweit können Windenergieräder tatsächlich Vogelflug behindern und Vogelarten dort gefährden. Jetzt ist die Diskussion neu entbrannt über die Frage, ob Leitungen denn auch durch den Nationalpark Wattenmeer gelegt werden dürfen. Wir sagen jetzt ganz deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer A sagt, nämlich zur Offshore-Windenergie, der muss auch B sagen, nämlich dass durch den Nationalpark Wattenmeer die entsprechenden Leitungen gelegt werden. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn Naturschützer diesen ökologischen Ansatz von Windenergieproduktion tatsächlich behindern würden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich kann, wie es heute auch im „Weser-Kurier“ steht, ich möchte das zitieren, Herrn Giese, den Geschäftsführer der Bremer Firma AN Windenergie, noch unterstützen, wenn er sagt: „Er mahnte mehr Mut an. Schauen Sie sich doch im Ausland um, in Dänemark oder woanders, dort wird längst gebaut! Den politischen Lippenbekenntnissen müssen endlich Taten folgen. Es ist doch nicht wahr, dass wir nur Wattenmeer oder tiefe See haben und deswegen nicht so bauen können wie die anderen Länder.“ Jawohl, Herr Giese, da haben Sie Recht, deshalb meine Aufforderung an die rotgrüne Bundesregierung, schaffen Sie die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, damit Offshore-Windenergie in

Deutschland auch möglichst schnell realisiert werden kann!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte da einen Passus loben, das kommt ja selten vor, auch aus der rotgrünen Koalitionsvereinbarung. Wir sind sehr erfreut darüber, dass es auch ein Statement gibt zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, darin steht, die Förderpolitik – –.

(Zuruf der Abg. Frau W a n g e n h e i m
[SPD])

Frau Wangenheim, ich weiß ja, dass das Thema bei Ihnen nicht vielleicht sogar – –. Genießen Sie doch auch einmal, wenn wir etwas in der rotgrünen Koalitionsvereinbarung loben! Genießen Sie es doch einfach!

(Beifall bei der CDU)

Es steht darin, das EEG und die Förderpolitik werden mit dem Ziel weiterentwickelt, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromenergieerzeugung und am Primärenergieverbrauch bis spätestens zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Das ist eine deutliche Aussage. Wir unterstützen diese Aussage, und wir sind sehr froh, dass damit die Politik, die 1991 mit dem Stromeinspeisungsgesetz ihren Anfang gemacht hat, auch in der zweiten Legislaturperiode von Rotgrün entsprechend ihre Fortsetzung findet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie loben uns zu Tode!)

Das nun nicht! Da brauchen Sie keine Sorge zu haben, Frau Stahmann, dass wir Sie zu Tode loben, das wird bestimmt nicht passieren!

Ich möchte noch eine Bemerkung machen, weil, wenn man die Zeitungen von heute liest, man sehr viel zum Thema Windenergie findet. Nun habe ich gerade im „Weser-Kurier“ den großen Bericht gesehen, und heute in der „Welt“. Dort hat der Sprecher für den Verband Maschinen- und Anlagenbau auch sehr deutlich insbesondere die Chancen für den Export herausgearbeitet und dabei insbesondere auf Schwellenländer wie zum Beispiel aus der Dritten Welt oder aber auch auf China verwiesen, die in den nächsten Jahren einen erheblichen Energiebedarf haben. Das ist auch klar, je weiter die Industrialisierung in den Ländern geht, desto größer ist auch der Energiebedarf. Ich finde, da müssen wir unsere Exportchancen entsprechend nutzen und herausarbeiten, aber das geht natürlich auch nur, wenn wir entsprechende Vorzeigeprojekte hier in Deutschland haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(C)

(D)

(A) Ich komme zum Fazit. Erstens, Windenergie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird wie bisher schon auch zukünftig in Bremen und Bremerhaven Arbeitsplätze schaffen. Insbesondere bei der aktuellen Diskussion, die wir in Bremerhaven haben, dort auch um den Fortbestand von Werftarbeitsplätzen, muss man sagen, dass im Bereich der Windenergie in Bremen insbesondere auch ehemalige Werftarbeiter wieder eine berufliche Perspektive gefunden haben. Auch dies muss an dieser Stelle erwähnt werden. Daher ist die Chance für den Standort Bremerhaven in diesem Bereich auch so groß.

(Beifall bei der CDU)

Windenergie schützt die Umwelt, Windenergie schafft Know-how im Bereich der Wissenschaft, Windenergie unterstützt die Stadtentwicklung. Wenn ich da an die Flächen hier im Bereich der Häfen denke oder aber auch an die Perspektiven, die in Verbindung mit dem Namen Luneort in Bremerhaven stehen! Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns gemeinsam einsetzen, dass wir dies entsprechend unterstützen.

Wenn ich dann auf die „Nordsee-Zeitung“ von heute zurückkommen darf, da steht: „Um die Zukunftstechnologie zu entwickeln, hat die niedersächsische Landesregierung bereits ein Aktionsprogramm beschlossen. Ferner will der Bund für 15 Millionen Euro drei Forschungsplattformen entwickeln, um die Fundament- und Unterwasserkonstruktion für die Offshore-Windparks zu testen.“ Drei Forschungsplattformen! Da kann mein Appell natürlich nur an insbesondere die Senatorin für Bau und Umwelt gehen: Lassen Sie Ihre guten Beziehungen nach Berlin spielen, dass wir eines dieser drei Forschungsprojekte hier in Bremen realisieren können! Wenn man für so ein Forschungsprojekt je fünf Millionen Euro rechnet, dann kann die Branche damit eine erneute Unterstützung bekommen! Frau Wischer, ich hoffe, dass Sie da schon vorstellig geworden sind, um die Mittel der rotgrünen Bundesregierung entsprechend mit nach Bremen zu lotsen.

(B) Wir werden Sie dabei unterstützen, und ich hoffe, dass wir dann, wenn der Bericht des Senats entsprechend vorgelegt wird – wir hoffen, dass das in diesem Jahr noch passieren kann –, wenn wir im Januar neu über diese Perspektiven der Branche diskutieren, dass wir dann doch deutlich alle gemeinsam das so sehen und diese Chancen, die dort für den Bereich aufgezeigt werden, auch gemeinsam nutzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Domann-Käse.

Abg. **Dr. Domann-Käse** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie heutzutage mit

der Bahn oder mit dem Pkw durch die norddeutschen Lande fahren und ein wenig aus dem Fenster schauen, natürlich nur im Zug oder auf dem Beifahrersitz, dann werden Sie feststellen, dass Windkraftanlagen für uns im Jahr 2002 bereits ein völlig selbstverständlicher Bestandteil der Landschaft geworden sind. Das ist erstaunlich, ist die Geschichte der wirtschaftlichen Nutzung der Windenergie doch gerade erst 20 Jahre jung. Erst vor 20 Jahren ging die erste industriell gefertigte netzgekoppelte Windkraftanlage in Mettingen in Nordrhein-Westfalen in Betrieb.

Die Umstände der Inbetriebnahme dokumentieren den Zeitgeist, der Anfang der achtziger Jahre noch alles andere als windkraftfreundlich war. Die Anlage wurde nämlich nur genehmigt, weil der zukünftige Betreiber sich zusätzlich bereit erklärte, unter dem Windrad einen Atomschutzbunker zu bauen. Die Anlage sollte den Atomschutzbunker bei einer Netzstörung infolge eines Kriegs oder eines GAU in einem Atomkraftwerk mit Strom versorgen. Der Bunker musste nun meines Wissens dann doch nicht mehr gebaut werden. Aber mit dieser Anlage wurde der Durchbruch für die netzgekoppelte Windenergie in der Bundesrepublik Deutschland geschafft.

Wo stehen wir jetzt heute, 20 Jahre später? Die Windenergie hält seit einigen Jahren eine Spitzenstellung als die weltweit am schnellsten wachsende Energiequelle. Die Zunahme beträgt im globalen Mittel jährlich mehr als 30 Prozent. Allein im Jahr 2001 wurden weltweit rund 6800 Megawatt Windenergieleistung neu an die Stromnetze angeschlossen. Die installierte Gesamtleistung erreichte Ende 2001 rund 25 000 Megawatt. Es wird geschätzt, dass sich diese Leistung in den nächsten fünf Jahren auf 60 000 Megawatt mehr als verdoppeln lässt. Etwa ein Drittel der weltweit installierten Leistung und etwa die Hälfte der europaweit installierten Leistung entfallen auf die Bundesrepublik, und damit sind wir bei der Windenergie Welt- und Europameister.

Der Ausbau der Windkraft und anderer erneuerbarer Energien erfolgte und erfolgt selbstverständlich nicht zum Selbstzweck. Es gilt, die Abhängigkeit der Bundesrepublik von fossilen Energieträgern zu überwinden, zum einen, da diese nicht unerschöpflich sind, zum anderen aber, da ihre Nutzung eine zunehmende Bedrohung des globalen Klimas darstellt. Die erschreckenden Bilder der Überschwemmungskatastrophe vom Sommer 2002 geben uns einen Vorgeschmack auf das, was uns wahrscheinlich in einigen Jahrzehnten blühen wird, wenn wir unsere Energieversorgung nicht auf erneuerbare klimaunschädliche Energiequellen umstellen.

(Beifall bei der SPD)

Da sich aus Gründen der Sicherheit der Bevölkerung für uns Sozialdemokraten ein Wiedereinstieg in die Atomenergie verbietet, bleiben nur die alternativen Energien Windkraft, Wasserkraft, Sonnen-

(C)

(D)

(A) energie, Geothermie und Biomassenutzung. Allein durch die Windkraft werden in der Bundesrepublik schon zum jetzigen Zeitpunkt jährlich rund zehn Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid eingespart, eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Es waren kluge politische Rahmensetzungen, die diese Fortschritte ermöglichten. In den achtziger Jahren wurden Windräder eigentlich nur von Idealisten betrieben – manche hier im Hause bezeichneten sie damals vermutlich eher als Spinner – zur Versorgung abgelegener Gehöfte, größerer Gebäude oder des bereits von mir erwähnten Schutzbunkers, denn die Einspeisung des Stroms in das Netz war entweder gar nicht möglich oder vollkommen unwirtschaftlich. Erst 1991 hat die Bundesregierung mit dem Strom-einspeisungsgesetz die Netzbetreiber verpflichtet, den Strom aus Windkraft überhaupt abzunehmen, in der Regel zum Marktpreis.

Ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen war damit aber selten möglich, und so dümpelte der jährliche Zubau an installierter Leistung bis 1998 im Bereich von 500 Megawatt. Erst das Erneuerbare-Energien-Gesetz der rotgrünen Bundesregierung hat die Einspeisung von Strom aus Windrädern wirtschaftlich interessant gemacht. Mittlerweile hat sich dadurch die installierte Leistung seit 1998 mehr als verdreifacht. Durch eine Mindestvergütung, die je nach Standort, Größe der Anlage und Energiequelle differenziert ausfällt und die degressiv angelegt ist, wird sichergestellt, dass sich das Invest in die Windenergie rentiert und dass die Betreiber eine Planungssicherheit für 20 Jahre haben.

(B) Diese Einspeisevergütung ist eine Art umlagefinanzierte Anschubhilfe für eine neue, umweltschonende Technologie, die gemessen an den Subventionsmilliarden für die Steinkohle und für die Atomenergie – allein die Rücklagenbildung für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verschlingt jährlich rund 13,5 Milliarden Euro – volkswirtschaftlich absolut sinnvoll ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Kosten für langjährige Klima- und Umweltschäden aus der Nutzung fossiler Energiequellen liegen bei ungefähr 14 Cent pro Kilowattstunde, die Einspeisevergütung für Windenergie liegt aber nur zwischen sechs und neun Cent, das heißt, mit jeder Kilowattstunde aus Windenergie sparen wir volkswirtschaftlich betrachtet Geld. Wir ersparen uns durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz also Kosten von bis zu 2,5 Milliarden Euro jährlich.

Das sind nicht die einzigen positiven Effekte. Die Windkraftbranche ist inzwischen in der Bundesrepublik zweitgrößter Nachfrager nach Stahl, und das ist gerade für uns Bremer besonders bedeutsam. In der Windkraftbranche arbeiten mittlerweile rund

35 000 Menschen, und auch hier geht die Wachstumskurve stetig nach oben.

(C)

Der Union scheint das alles wohl nicht zu passen. Anders kann ich mir nicht erklären, dass sie laut ihres bisherigen umweltpolitischen Sprechers im Bundestag, Herrn Paziorek, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das ja wohl doch unbestritten die Grundlage der Erfolgsstory Windkraft ist, wieder zurückdrehen will. Insofern relativieren sich doch die Bemühungen des Kollegen Eckhoff, der Windkraft den Stempel der Union aufdrücken zu wollen, ganz erheblich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Nach Ihrer verheerenden Wahlniederlage vor wenigen Wochen suchen Sie nach neuen modernen Themen.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Irgendwo habe ich da eine andere Wahl mitbekommen! – Unruhe und Zurufe)

Das ist wohl der Beweis, dass ich Ihre Strategie erkannt habe. Nach dieser verheerenden Wahlniederlage kommt Ihnen die Windenergie als modernes Thema gerade recht.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Kolleginnen und Kollegen der Union, so eine Profilierung funktioniert nur, wenn auch glaubwürdige und widerspruchsfreie Positionen dahinter stehen. Wer in Bremen hü und in Berlin hott ruft, der macht sich unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie diese Widersprüche nicht ausräumen können, kann ich eine flammende Pro-Windkraft-Rede eines Jens Eckhoff hier im Hause nur als inkonsequent und scheinheilig bezeichnen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. F o c k e [CDU]: Da warst du noch gar nicht im Parlament, da haben wir schon davon geredet!)

womit ich jetzt auf die Bremer Situation zu sprechen kommen möchte. Sie können sich gern zu Wort melden, wir haben genug Zeit heute Morgen!

Hier im Lande wurden die Weichen für eine umweltorientierte Energiepolitik zum Glück schon früh gestellt, nämlich 1991 mit dem Gesetz zur Förderung der sparsamen und umweltverträglichen Energieversorgung und Energienutzung. Da drückte die Union hier noch die Oppositionsbänke. In der großen Koalition haben wir uns dann auf eine massive

- (A) Senkung des CO₂-Ausstoßes über das Landesenergieprogramm und im Rahmen der Wirtschaftsförderung auf ökologisch ausgerichtete Förderprogramme und 1997 auf eine Ausbauplanung für die Windkraftnutzung in Bremen verständigen können.

Die treibende Kraft hierbei waren aber die Sozialdemokraten hier im Hause

(Lachen bei der CDU)

und im Senat das sozialdemokratisch geführte Umweltressort.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teiser
[CDU]: Sie machen Ihrem Namen Ehre!)

Danke, Herr Teiser! In diesem Klima der Aufgeschlossenheit gegenüber der Windkraftwirtschaft und dank einer gut entwickelten Infrastruktur insbesondere hinsichtlich kooperationsbereiter wissenschaftlicher Einrichtungen konnte sich so in Bremen ein beachtliches Potential an Windkraftunternehmen entwickeln. Ausdruck der guten Partnerschaft innerhalb der Branche und zwischen der Wirtschaft und dem Land Bremen ist das Netzwerk der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen.

- (B) Die Unternehmen der Windenergiebranche haben in Bremen rund 1000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Diese konzentrieren sich im Land vor allem in drei Gewerbegebieten: der Überseestadt beziehungsweise dem Holz- und Fabrikenhafen in Bremen-Stadt, auf dem Vulkan-Gelände in Bremen-Nord sowie im Bereich des Fischereihafens in Bremerhaven. Die genannten Gebiete haben sich bereits überregional als attraktive Standorte für Unternehmen der Windenergieindustrie profiliert und ziehen weitere Ansiedlungen nach sich. In Gewerbegebieten, in denen Stillstand herrschte, werden heute wieder Umsätze von mehreren hundert Millionen Euro gemacht.

Besonders imposant finde auch ich das Beispiel, Herr Kollege Eckhoff zitierte es bereits, dass auf dem Vulkan-Gelände heute durch die Produktion der riesigen Masten der modernen Windkraftanlagen wieder annähernd so viel Stahl verbaut wird wie in den besten Tagen des Schiffbaus. Das ist doch wirklich ein Hoffnungsschimmer in unserem vom Strukturwandel so gebeutelten Land.

(Beifall bei der SPD)

Die Fortschreibung der Klimaschutzpolitik durch die rotgrüne Bundesregierung gibt einem weiteren Wachstum der Windenergiebranche die besten Rahmenbedingungen. Diese Chance wollen wir in Bremen ergreifen. Wir wollen die vorhandenen Kompetenzen nutzen, um die drei genannten Standorte in Bremen und Bremerhaven weiter zu Kompetenzzentren der Windenergie auszubauen.

Die Standorte in Bremen bieten beste Infrastrukturen für den Schwerpunkt Onshore, also Planung, Produktion, Aufrüstung und Wartung von Windrädern, die auf dem Land stehen, während in Bremerhaven beste Voraussetzungen gegeben sind, die Seestadt zum nationalen Mekka der Offshore-Windenergie zu machen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist uns Sozialdemokraten dabei, dass diese einmalige Konzentration von Know-how nicht in innerbremischer Konkurrenz aufgerieben wird, sondern dieses gesamte Potential in die Waagschale geworfen wird, um im Wettbewerb mit anderen norddeutschen Standorten – Emden, Wilhelmshaven und Cuxhaven setzen natürlich auch auf die Offshore-Windkraft – die Nase vorn zu haben. Wir erwarten hierfür vom Senat ein Konzept, so sieht es der vorliegende Antrag der Koalition vor, in dem die folgenden Eckpunkte berücksichtigt werden.

Wir erwarten die weitere Förderung der wissenschaftlichen Einrichtungen im Lande Bremen, die dem Forschungsgebiet regenerative Energien zuzuordnen sind. Wir erwarten den weiteren Auf- und Ausbau von Technologietransferstrukturen, die Anpassung des Industriegebiets Luneort im Fischereihafen Bremerhaven an die Bedürfnisse der Hersteller von Komponenten von Windenergieanlagen mit dem Schwerpunkt Offshore und die Entwicklung der stadtbremischen Standorte Überseestadt und Vulkan-Gelände zu Kompetenzzentren der Windenergiebranche mit dem Schwerpunkt Onshore durch die Bereitstellung geeigneter Flächen und Immobilien.

(D)

Wir erwarten die weitere Akquisition von Unternehmen und ihre Begleitung durch Förderprogramme und gegebenenfalls auch eine Aufstockung des finanziellen Rahmens für die ökologischen Förderprogramme und eine weitere Unterstützung der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen. Auf die abgestimmten Marketingaktivitäten hat der Kollege Eckhoff schon hingewiesen. Ganz besonders wichtig ist bei so einem dynamischen Wachstum natürlich, dass der Arbeitsmarkt mithält. Daher erwarten wir die Entwicklung einer Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategie und eine Absicherung der entsprechenden Förderprogramme.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, im abschließenden Teil meiner Rede möchte ich noch die Frage des Ausbaus der Offshore-Windkraft vertiefen, denn es ist auch angesprochen worden: Gerade bei manchen Umweltverbänden ist dieses Thema nicht unumstritten. Wir vertreten die Auffassung, dass Klimaschutz durch den Ausbau der Offshore-Windkraft und Natur- und Landschaftsschutz keine Gegensätze sein müssen. Der Ausbau der Offshore-Windkraft ist not-

(A) wendig und wird von uns unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes umgesetzt werden. Zur Festlegung optimaler Standorte für die Windparks auf hoher See müssen daher die planungsrechtlichen Instrumente des Naturschutzes angewendet werden. Bei allen genehmigten Anlagen muss es sich in der ersten Ausbauphase um Pilotanlagen handeln, die keinen weiteren Ausbaanspruch präjudizieren.

Wir stehen ein für eine umfangreiche ökologische Begleitforschung, die uns zuverlässige Daten über die Umweltverträglichkeit der Anlagen liefern soll. Die Mittel dafür hat die Bundesregierung aus dem Topf der UMTS-Erlöse bereitgestellt. Unter anderem ist auch das Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven mit einem großen Projekt an dieser Begleitforschung beteiligt. Wir sind zuversichtlich, dass sich hier ein Weg finden wird, den Ausbau der Offshore-Windkraft so zu gestalten, dass Ökologie und Ökonomie gleichermaßen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das Zukunftsfeld Windkraft an Land wie Offshore auf hoher See bietet uns in Bremen und Bremerhaven gewaltige Chancen: Chancen für den Klimaschutz, Chancen für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Chancen gemeinsam ergreifen! – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, wir freuen uns und beglückwünschen Sie zu diesem Antrag. Wir freuen uns wirklich, dass die große Koalition endlich auch die innovativen und arbeitsplatzfördernden Potentiale der Energiewende erkannt hat und auch unterstützt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nämlich das Tüpfelchen auf dem I der rot-grünen Bundespolitik, nämlich heraus aus der Atomenergienutzung, hin zur Nutzung der regenerativen Energien!

Besonders betonen möchte ich an dieser Stelle, dass es auch die hervorragende wirtschaftsstrukturelle Chance für Bremerhaven ist. Herr Eckhoff und Herr Dr. Domann-Käse haben das ausführlich dargelegt. Es ist eine große Chance für Bremerhaven, die wir ebenfalls so sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was aber nicht erwähnt wurde und von unserer Seite auch nicht vergessen werden darf, es besteht damit auch die Chance für Bremen, zu einer nachhaltigen Entwicklung des Energiesektors im internationalen Maßstab beizutragen. Das ist auch ein entscheidender Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zu der Frage der großen Koalition und der Unterstützung der Windenergienutzung! Herr Eckhoff hat Recht, die Bürgerschaftsfraktion der CDU hat hier schon vor einigen Jahren die Bedeutung erkannt, aber das ist nicht die große Koalition gewesen, sondern es gab immer seitens des Wirtschaftsressorts Blockaden hinsichtlich der Entwicklung. Ich möchte an dieser Stelle an das jahrelange Gezerre erinnern hinsichtlich der Windkraftstandorte im Land Bremen, an die Hemelinger Marsch, an den Standort bei den Stahlwerken. Nun scheint aber auch Herr Hattig gemerkt zu haben, dass die Windenergienutzung nicht nur von ökologischer Bedeutung ist, die ihn offensichtlich nie interessiert hat, sondern dass sie erhebliche wirtschaftliche Potentiale mit großen Erfolgsaussichten in sich birgt, und zwar von erheblich größeren Erfolgsaussichten als solche Projekte wie das Space-Park-Vorhaben.

Wir freuen uns, und das möchte ich auch noch einmal betonen, ausdrücklich, dass es hier der Umweltsenatorin gelungen ist, sich an dieser Stelle auch durchzusetzen, und bedanken uns an der Stelle für ihr Engagement. Herzlichen Glückwunsch, Frau Wischer!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hoffen aber auch, dass es nunmehr bei der Installation von Windenergieanlagen im Land Bremen ebenfalls Unterstützung aus dem Hause Hattig gibt, denn, meine Damen und Herren, das Gesamtklima, die Akzeptanz von erneuerbaren Energien in diesem Land ist auch ein Faktor für die Ansiedlungspolitik und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bremen. Soweit aber genug des Lobes! Irgendwie muss ich jetzt wieder meine Rolle als oppositionelle Grüne wahrnehmen,

(Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]:
Genau!)

obwohl, Frau Lemke-Schulte, ich lieber anderes täte, mit mehr Macht ausgestattet. Aber ich komme jetzt zu dem Punkt dessen, was wir differenzierter, anders sehen, als es in dem Antrag der großen Koalition formuliert ist, wenngleich wir diesem Antrag zustimmen werden.

Ich möchte drei Anmerkungen machen! Die erste ist die Frage: Wer oder was ist ursächlich für den Erfolg der Windenergiebranche im Land Bremen? Es

(C)

(D)

(A) ist dargelegt worden, 1000 neue Arbeitsplätze, 500 Millionen Euro Umsatz jährlich, worauf ist das zurückzuführen? Ich sage, zunächst ist es zurückzuführen auf das Engagement der Unternehmen, die zum Teil erhebliche Pionierleistungen erbracht haben. Zweitens ist es auf die natürlich günstigen Rahmenbedingungen zurückzuführen, die das dann nur ermöglicht haben, und diese Rahmenbedingungen sind die Politik der rotgrünen Bundesregierung gewesen.

Ich muss das leider noch einmal in Erinnerung rufen, obwohl Herr Dr. Domann-Käse es auch schon einmal dargelegt hat. Ich möchte es noch einmal von der anderen Seite sagen, denn offensichtlich ist es auch Konsens innerhalb des Senats, scheint mir, dass der Boom der Windenergienutzung Resultat des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist. Das wird auch so dargelegt. Herr Eckhoff, lesen Sie die Vorlage der Wirtschaftsförderungsausschüsse! Dort haben der Senator für Bau und Umwelt und der Senator für Wirtschaft und Häfen formuliert, dass es Ergebnis dieses Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist, in dieser Vorlage, die Sie auch erwähnt haben, Herr Eckhoff, nämlich wo es um die Einrichtung des Offshore-Windenergie-Kompetenzzentrums in Bremerhaven geht.

Ein anderer Punkt, der das auch belegt: Herr Dr. Domann-Käse hat schon die Frage beantwortet, wie viel Leistungen sind installiert, und damit die umweltpolitische Bedeutung der Windkraftnutzung dargelegt. Die Zahlen von 2001 besagen bundesweit, dass in diesem Bereich ein Umsatz von 3,3 Milliarden DM erzielt wird und dass mittlerweile mehr als 40 000 Arbeitsplätze in diesem Sektor entstanden sind. Von diesen partizipiert natürlich auch Bremen, und darüber freuen wir uns. Es ist aber nicht Ergebnis der Politik der großen Koalition.

Meine zweiten und dritten Anmerkungen gehen auf den Punkt, was wir uns im Gegensatz zu dem, was in dem Antrag formuliert ist, anders vorstellen. Ich glaube, und wir bringen es auch deswegen ein, dass diese Überlegungen, die wir an dieser Stelle haben, durchaus noch bei der Entwicklung des Konzeptes einfließen können.

Die erste Anmerkung ist, dass zwischen den Zeilen zumindest in dem Antrag der großen Koalition zu finden ist, dass ständig Konkurrenzdenken vorhanden ist: Bremen gegen Bremerhaven, Niedersachsen gegen das Land Bremen, hier dann insbesondere auch erwähnt Cuxhaven und Emden als Konkurrenten. Wir Grünen halten das für völlig fehl am Platz. Wir treten ein für eine Kompetenzregion Nordwest.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kompetenzzentren an den verschiedenen Standorten müssen nicht gegeneinander arbeiten, sondern sie sollen miteinander arbeiten, um die maximalen Arbeitspotentiale zu erschließen, und zwar

auch für Bremen und Bremerhaven. Da stört ein Standort Cuxhaven nicht. Vielmehr geht es darum, Bedingungen zu schaffen, um länderübergreifend die möglichst größten Synergieeffekte zu erzielen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Eine einseitige Fixierung auf Offshore-Windenergienutzung ist wirtschaftspolitisch, umweltpolitisch und arbeitsmarktpolitisch einäugig. Bei der Offshore-Windenergienutzung gibt es noch eine Vielzahl von Problemen zu lösen. Wir haben es gehört, es zeigt auch gerade wieder diese Konferenz in Wilhelmshaven. Sehr geehrter Herr Eckhoff, diese Probleme darf man nicht ignorieren. Man muss sie lösen, man muss hier aber auch zu umweltverträglichen Lösungen kommen, und die Linie, wie das aussieht, hat Herr Dr. Domann-Käse aufgezeigt, mit der stimmen wir überein. Das hindert uns aber nicht, Ihrem Antrag zuzustimmen, denn wenn Offshore-Kompetenz gebildet wird, dann profitiert davon auch immer die Onshore-Technologie.

Unsere grünen Wünsche bei der Erarbeitung des Konzeptes sind: Kooperation statt Konkurrenz und keine einseitige Ausrichtung auf den Offshore-Bereich, oder noch einmal anders ausgedrückt, die regionale Entwicklung zum Erfolg zu führen und an einer nachhaltigen Globalentwicklung zu arbeiten, sind zwei Seiten einer Medaille, und das ist die grüne umwelt- und wirtschaftspolitische Linie hier an dieser Stelle!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte das noch etwas erläutern und einleiten mit einem Zitat aus dem Endbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Diese Enquete-Kommission hat gearbeitet an der Frage der nachhaltigen Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung und hat den Endbericht am 7. Juli dieses Jahres vorgelegt. Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Drucksache 14/9400 des Deutschen Bundestages zitieren:

„Die Kommission vertritt dezidiert die Auffassung, dass die nachhaltige und zukunftsfähige Gestaltung der Energieversorgung sachlogisch eng mit der Modernisierung des Standortes Deutschland verbunden ist. Die Kommission sieht in der Entwicklung emissionsarmer und risikofreier Technologien große wirtschaftliche Chancen für die deutsche Industrie. Sie sollten nach Auffassung der Kommission sowohl zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland als auch durch den Export beitragen. Mit der Verbreitung von Effizienztechniken und Technologien der erneuerbaren Energien ist nach Ansicht der Kommission auch verbunden, Globalisierungsprozessen eine zukunftsfähige Richtung zu geben und damit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung von Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern zu leisten.“

(C)

(D)

(A) Genau dies hat die neue rotgrüne Bundesregierung in ihren aktuellen Koalitionsvereinbarungen in praktische Politik umgesetzt. Herr Eckhoff, die rotgrüne Bundesregierung hat gerade und insbesondere mit den neuen Koalitionsvereinbarungen die Chancen dieses Sektors, insbesondere auch für den Export, bereits wahrgenommen. Drei Punkte stehen nämlich auch in den Koalitionsvereinbarungen, die ganz entscheidend sind, wenn wir auch für einen globalen Klimaschutz eintreten, was wir natürlich tun.

Das Erste ist, dass die Exportinitiative „Erneuerbare Energien“ fortgesetzt und verstärkt wird. Zweiter Punkt ist, dass die Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren 500 Millionen Euro zum Ausbau der erneuerbaren Energien als Entwicklungshilfe leisten wird. Drittens wird Deutschland in 2003 eine internationale Konferenz für erneuerbare Energien ausrichten und an der Schaffung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist rotgrüne Politik! Wir haben das lange erkannt und werden daran weiterarbeiten.

Zusammengefasst: Es geht nicht, und das ist so ein Stück weit die Philosophie, die hinter dem Antrag steht, um einen Kuchen, dessen Stücke zu verteilen sind, sondern es handelt sich hier vielmehr bei der Windenergiebranche um einen dynamischen Weltmarkt, dessen Wachstum es auch und vor allem unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes gleichzeitig zu fördern, zu vergrößern gilt, um damit auch das eigene Kuchenstück zu vergrößern! Das ist das, wie die Linie aussehen sollte.

(B) Das Ergebnis der Bundestagswahl und damit die Fortsetzung der rotgrünen Reformpolitik ist der beste Garant für die Verstetigung des Erfolgs bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich, auch im Land Bremen.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht! Märchenstunde!)

Das Tüpfelchen auf dem I ist Ihr Antrag, dem wir selbstverständlich zustimmen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, noch mehr sogar! Wir Grünen bedanken uns bei Ihnen dafür, dass Sie an der Beschleunigung des Atomausstiegs konstruktiv mitwirken, indem Sie den Umstieg auf regenerative Energien zu beschleunigen helfen. Danke, dass Sie an dieser Stelle wirklich konstruktiv sind! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, was die Redner vor mir schon angesprochen haben, denke ich, kann man aber trotzdem noch einmal feststellen, dass Politik oft doch einen etwas längeren Atem braucht und dass das bei diesem Thema, über das wir reden, durchaus besonders deutlich wird. Es war, es ist angesprochen worden, nicht immer so, dass die Nutzung regenerativer Energien von breiter politischer Unterstützung getragen war. Dies hat sich geändert, und das ist, denke ich, gut so. Heute ist politisch und gesellschaftlich weitgehend anerkannt, dass die Umwelttechnologie Windkraft, einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet, aber auch einfach zu einer ökologisch orientierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gehört.

Dies gilt in besonderem Maße auch für die ökonomische Entwicklung in unserem Land Bremen. So sind zum Beispiel auf dem Gelände des Bremer Vulkan, Herr Eckhoff hatte es vorhin angesprochen, nach dem Werftzusammenbruch im Bereich Stahlbau neue Arbeitsplätze durch Umweltschutztechnologien entstanden. Die Stahltürme für den Windpark Mittelsbüren kommen aus Vegesack. In der Überseestadt ist durch die dort ansässigen Firmen der Windenergie- beziehungsweise der Erneuerbaren-Energie-Branche bereits heute eine deutliche Belebung zu verzeichnen, die sich auch in Arbeitsplätzen und Wertschöpfung für das Land niederschlägt.

Wir können, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang gemeinsam mit etwas Stolz in diesem Hause darauf hinweisen, dass das Land Bremen trotz seines als Stadtstaat begrenzten Flächenreservoirs die Notwendigkeit des Windkraftausbaus rechtzeitig erkannt hat. Der Windenergieausbau in Bremen leistet heute mit der Umsetzung der beiden großen Windenergieparks in Mittelsbüren und demnächst in Mahndorf einen ganz wichtigen Beitrag für das kostengünstige und effiziente Umsetzen der Klimaschutzziele hier in unserem Land.

Senat und Bürgerschaft, es ist angesprochen worden, haben bereits mit der Verabschiedung der Windkraftausbauplanung im Jahr 1997 die Weichen für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen in Bremen und Bremerhaven gestellt. Das seinerzeit beschlossene Ziel, jährlich 130 Millionen kWh schadstofffrei erzeugter Windstrom in Bremen, gilt es jetzt näher zu konkretisieren. Nachdem die erste Ausbaustufe mit rund 50 Millionen kWh pro Jahr nahezu abgeschlossen ist, wird es für die nächsten Jahre jetzt darauf ankommen, in beiden Städten unseres Bundeslandes die hierfür benötigten Standorte zu identifizieren und umzusetzen. Bremerhaven wird seine Offshore-Stärke dann am besten, denke ich, symbolisieren können, wenn es auch über Windkraftstandorte an Land verfügt.

So kann dann Bremen überzeugend und nach außen sichtbar dokumentieren, dass es sich zum Aus-

(C)

(D)

- (A) bau der Windenergie bekennt. Das Produkt Windkraftanlage, mit dem mittlerweile viele Arbeitnehmer im Land ihr Geld verdienen, ist vor Ort deutlich präsent und demonstriert unser Engagement für den Klimaschutz durch Windenergie.

(Beifall bei der SPD)

Der Zusammenhang ist nach den bisherigen Erfahrungen jedoch nicht nur indirekt, auch ganz konkret für Ansiedlungsvorhaben und Standorte für Windenergieanlagen. In Bremen ist das ein relativ relevanter Faktor. In den Ansiedlungsbemühungen für den Offshore-Bereich spielt die Frage von Teststandorten an Land für die geplanten Offshore-Anlagen immer wieder eine hervorragende Rolle. Auch für die Windkrafthersteller und -planer ist die Realisierung eigener Anlagen zu Hause ein Entscheidungskriterium. Bremen hat hier die Chance, ansiedlungswilligen Unternehmen eine Verankerungsmöglichkeit im Land anzubieten. Hier gehen dann Ökonomie und Ökologie für das Land Bremen Hand in Hand, sie gehen zusammen.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für das zukünftige Wachstum der Windenergie sind gut. Es ist hier von den Vorrednern bereits angesprochen worden. Entscheidend war, ich denke, da sind wir uns einig, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz aufgelegt worden ist, das war ausgesprochen erfolgreich. Im August 2002 wurde bei der an Land installierten Windkraftleistung in Deutschland die 10 000-MW-Schwelle überschritten. Allein ein Viertel dieser Leistung ist im Jahr 2001 dazu gebaut worden, ein Beweis dafür, wie erfolgreich dieses Gesetz gewirkt hat! Sachverständige aus der Windbranche schätzen, dass etwa noch einmal dieselbe Leistung onshore in Deutschland zusätzlich aufgebaut werden kann.

- (B) Die Bundesregierung hat sich zu dem Ziel bekannt, bis 2010 den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am deutschen Stromverbrauch auf 12,5 Prozent zu steigern. Im Jahr 2001 wurden 7,5 Prozent erreicht. Einen wesentlichen Beitrag soll dabei die Windenergie leisten, die allein die Hälfte dazu beitragen soll. Das entspricht einer jährlichen Minderung der CO₂-Emission durch Windenergie um 18 Millionen Tonnen.

Meine Damen und Herren, bis heute ist noch kein Offshore-Windpark in Deutschland gebaut. Erste Genehmigungen wurden jedoch erteilt. In Zukunft wird Offshore-Windenergie einen wesentlichen Beitrag zum Marktwachstum leisten. Bis zum Jahr 2006 sollen mindestens 500 MW, bis zum Jahr 2010 etwa 3000 MW und bis zum Jahr 2030 noch einmal 25 000 MW Windkraftleistung allein im Offshore-Bereich dazu gebaut werden.

Weltweit ist Deutschland zusammen mit Dänemark Vorreiter in Sachen Onshore-Windenergie. Für

- (C) die nächsten Jahre wird insbesondere in Europa ein erhebliches Marktwachstum erwartet. Bis zum Jahr 2006 wird für Europa, Deutschland herausgerechnet, ein Zubau von rund 24 500 MW Windkraftleistung prognostiziert. Bereits heute beträgt die Exportquote der Windbranche rund 20 Prozent.

Dies alles zeigt, meine Damen und Herren: Der Windenergie gehört die Zukunft! Ich teile die Auffassung, die Herr Eckhoff am Anfang hier vertreten hat, was wir als Botschaft heute von dem Kongress in Wilhelmshaven in der Zeitung lesen konnten, wo so sehr die Skepsis in den Vordergrund gestellt worden ist. Ich glaube, Nüchternheit ist sicher angesagt, aber ich glaube, wir sollten uns nicht den Schwung nehmen lassen und sollten massiv all die unterstützen, die sagen, wir wollen mit Kraft und Macht dieses Themenfeld besetzen. Es gehört sicher an einigen Stellen Mut dazu. Es sind viele Fragen auch sicher nicht abschließend geklärt, aber ich glaube, man soll mit großer Überzeugung und auch Kraft dieses Thema vorantreiben. Wie gesagt, der Windenergie gehört die Zukunft. Bremen und Bremerhaven müssen alle Anstrengungen unternehmen, um dies zu nutzen. Dann kann unser Land eine hervorragende Perspektive gewinnen.

In diesem Zusammenhang, ich will es nur kurz noch einmal ansprechen, Herr Eckhoff: Ich glaube, es ist nicht klug, hier noch auf einen Gegensatz zwischen Naturschutz auf der einen Seite und Windenergie auf der anderen Seite einzuprügeln. Es gibt ohne Frage eine Reihe von Fragestellungen, die noch geklärt werden sollen, die dürfen nicht zum Hindernis werden oder zum Verhindern führen, aber es muss ein Zusammengehen der Anforderungen geben, so wie wir es in vielen anderen Bereichen auch bisher geschafft haben, in der Ökologie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, denn dies ist unter anderem ein Konflikt unter den Umweltschützern, wo wir es verstanden haben, an dieser Stelle zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Vor dem Hintergrund, dass dies einen so hohen Beitrag zur CO₂-Reduktion einerseits und zur Arbeitsplatzschaffung andererseits, also zum ökonomischen Teil, beiträgt, soll es uns meines Erachtens gelingen, hier die Hindernisse, die im Weg stehen, durch intelligente Lösungen zu überwinden. Dazu haben wir unglaublich viel Potential auch im eigenen Land, diese Fragestellungen anzugehen. Insofern muss man, glaube ich, nicht mutlos sein.

Wir haben, was Bremen angeht, im Übrigen diese hervorragende Perspektive deswegen, weil wir einen Standortvorteil haben, der daraus resultiert, dass die auf See zu errichtenden Offshore-Windenergieanlagen beziehungsweise deren Komponenten und die entsprechenden Gründungskörper Dimensionen aufweisen, die eine Produktion nur direkt an der Küste erlauben. Die Gondeln der Windenergieanlagen werden bis zu 350 Tonnen wiegen, die Länge der einzelnen Flügelemente wird bis zu 60 Meter

(D)

(A) und die Nabenhöhe der Türme über 100 Meter betragen. Daher suchen eben Unternehmen intensiv nach geeigneten Standorten, die in direkter Nähe zur Nordsee und den Windparks sind, nach Standorten mit großen Flächen in Kajenlagen, uneingeschränkten Möglichkeiten der Verschiffung, nach Standorten mit qualifizierten Arbeitskräften und wissenschaftlicher Infrastruktur.

Dies, denke ich, bietet die Chance für Bremen und Bremerhaven. Viele Hafenstädte, es ist angesprochen worden, in der norddeutschen Küstenregion, Emden, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Husum, Rendsburg, sehen diese Chance und sind in einen starken regionalen Wettbewerb eingetreten, um sich als Standort für Offshore-Industrie zu positionieren und damit die Weichen für die große Anzahl von neuen Arbeitsplätzen zu stellen. Wenn man weiß, dass es um bis zu 10 000 Arbeitsplätze bis 2010 und weitere 10 000 Arbeitsplätze bis 2020 in Deutschland geht, ist dieser Konkurrenzkampf durchaus verständlich.

(B) Das Land Bremen hat sich frühzeitig diesen Herausforderungen gestellt und sich im Bereich der Offshore-Windenergie einen sehr guten Ruf als aktives und der On- und Offshore-Windenergie sehr aufgeschlossenes Land verschafft. Es ist mir gerade kürzlich erst wieder bestätigt worden in einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Repower AG, die weltweit operiert und auch hier sehr interessiert ist, sich in unserem Raum niederzulassen. Von ihm ist mir noch einmal bestätigt worden, welchen guten Ruf Bremen hat und wie gut wir überregional dastehen mit den Chancen, die wir haben.

Neben der Konkurrenz in der Ansiedlung von Unternehmen der Windenergiebranche zu anderen potentiellen Offshore-Hafenstädten wie zum Beispiel Cuxhaven gibt es natürlich auch die Chance gerade im europäischen Vergleich und im Hinblick auf den Export, sich in diesem Bereich als Modellregion zu profilieren und die Kompetenz mehrerer Standorte mit unterschiedlichen Ausrichtungen in der Windenergiewirtschaft und -forschung zu bündeln. Nach dem heutigen Stand der Planung der Offshore-Windparks in der Nordsee wird es nicht nur einen Offshore-Basishafen und einen Produktionsstandort geben. Das Land Bremen aber, davon bin ich überzeugt, wird dabei mit Sicherheit eine große, eine wichtige Rolle spielen.

Wir haben uns seit Mitte letzten Jahres darauf konzentriert, optimale Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche zu schaffen und unsere Wettbewerbsposition weiter zu verbessern. Dabei möchte ich auf folgende Aktivitäten hinweisen und sie in den Vordergrund stellen: Auf Initiative meines Hauses hin ist im Februar dieses Jahres die Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen e. V., WAB, gegründet worden, die vom Land Bremen und der EU für die nächsten drei Jahre mit einer dreiviertel Million Euro unterstützt wird. Die WAB hat sich die För-

derung der Windenergieerzeugung onshore und offshore zum Ziel gesetzt. Die WAB bündelt die Kompetenzen ihrer Mitglieder und unterstützt als überbetriebliche infrastrukturelle Einrichtung alle Unternehmen bei der Entwicklung von Lösungen für die Herausforderungen in den Bereichen Repowering und Offshore sowie bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Dabei übernimmt die WAB wichtige Vernetzungsfunktionen, fördert den Wissenstransfer und den Ausbau von Synergieeffekten.

Die rund 90 Mitglieder der im Land ansässigen WAB repräsentieren sämtliche Kompetenzen entlang der Wertschöpfungskette der Windenergieindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Herstellung von Rotorblättern und Türmen, Engineering, Projektentwicklung, Finanzierung, Logistik, diverse Zulieferer und Dienstleister. Aber eben auch renommierte Forschungsinstitute, Kammern und Weiterbildungseinrichtungen gehören zum wachsenden Mitgliederkreis. Mit der WAB haben wir eine Einrichtung geschaffen, um die uns die anderen Küstenstandorte mittlerweile beneiden.

Zur Unterstützung der Hochschulen, Universitäten und der Unternehmen, die sich bei der Lösung der offenen wissenschaftlich-technischen Fragen im Offshore-Windenergiebereich engagieren wollen, hat mein Haus im März 2002 eine Ausschreibung des Förderschwerpunktes Erneuerbare Energien, Offshore-Windenergie im Programm „Angewandte Umweltforschung“ durchgeführt. Von den zehn für die Angewandte Umweltforschung ausgewählten Skizzen konnten bis heute bereits sechs zu Anträgen ausgearbeitet, geprüft und durch den Vergabeausschuss positiv entschieden werden. Weitere vier folgen in den nächsten Monaten. Damit, meine Damen und Herren, haben wir einen wichtigen Grundstein für die wissenschaftliche Profilierung des Standortes geleistet, und erfreulich ist, dass insbesondere viele Unternehmen aus Bremerhaven durch die Ausschreibung angeregt wurden, sich an der Lösung der vielfältigen Fragestellungen zu beteiligen.

Die Nutzung des starken wirtschaftlichen Potentials der Offshore-Windenergienutzung für das Land Bremen ist nur mit einer umfassenden Konzeption zu gewährleisten. Ziel der Konzeption ist es, zeitnah und koordiniert den Aufbau eines Kompetenzstandortes für die Offshore-Windenergie voranzubringen und damit verbunden möglichst viele Arbeitsplätze in diesem innovativen Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen. Dabei ist es ein weiterer Vorteil des Landes Bremen, dass hier in der Tat alle Akteure an einem Strang ziehen und gemeinsam mit diesem Projekt vorangehen wollen. Auch deswegen sind wir guten Mutes, dass sich in der nächsten Zeit Ansiedlungsinteressen von Unternehmen, die Windanlagen herstellen, weiter konkretisieren werden. Für diese Unternehmen sind die Rahmenbedingungen, die wir jetzt durch die weitere Profilierung des Standortes schaffen, das Entschei-

(C)

(D)

(A) dungskriterium zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen.

Mit allen beteiligten Ressorts und den Gesellschaften wird gemeinsam bis Ende des Jahres das umfassende Konzept, das Sie hier mit Ihrem Antrag einfordern, vorgelegt werden. Der Entwurf dazu ist schon in diese gemeinsame Arbeitsgruppe gegangen, damit die großen ökonomischen und ökologischen Entwicklungspotentiale der Windenergie im Land Bremen optimal genutzt werden können. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können gemeinsam sagen, dass wir für unser Ziel gut aufgestellt sind. Wir werden, denke ich, unsere Chancen auch so nutzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Offshore-Windenergie, und davon bin ich überzeugt, hat für mich in Bremen das Potential, sich in die wichtigen Wirtschaftscluster einzureihen, Arbeitsplätze zu schaffen und damit zugleich auch die Finanzkraft Bremens zu stärken. Die Unternehmensdaten, die hier auch schon zitiert worden sind, belegen das ganz eindeutig. Bremerhaven könnte in dieser Entwicklung eine ganz besondere Rolle spielen, und deswegen möchte ich mich gern aus der Sicht des Wirtschaftsressorts und auch aus der Sicht der dort für Bremerhaven zuständigen Staatsrätin in die Debatte eintragen.

(B) Es ist nicht ganz leicht, jetzt, nachdem so vieles gesagt worden ist, nun noch einmal auf die großen Möglichkeiten und Chancen einzugehen. Aber mein Anliegen ist es, doch noch einmal gerade den Bereich Bremerhaven hier herauszugreifen, denn allzu oft wird nur gesehen, welche Schwierigkeiten in Bremerhaven existieren, und zu wenig wird öffentlich darüber geredet, welche Chancen auch gerade der Standort Bremerhaven hat. Das ist mir deswegen so wichtig, weil es gelingen muss, junge Menschen mit jungen, modernen und zukunftsweisen Technologien in Bremerhaven zu halten. Ich bin überzeugt davon, dass diese Chance mit den Spezialisten in der maritimen Wirtschaft, mit den Standortvorteilen, die die maritime Wirtschaft an der Küste hat, geeignet ist, einen Schub zu produzieren, einen Schub, der hier auch schon skizziert worden ist, um gerade auch im Wirtschaftsbereich jungen Menschen und etablierten Unternehmen eine neue Chance zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte deswegen nur sehr kurz diese Vorzüge noch einmal für Bremerhaven skizzieren, wobei ich immer sagen muss, das, was in Bremerhaven zu

realisieren ist, muss in Kooperation mit Bremen passieren, das ist meine Voraussetzung.

(C)

Ich fasse es noch einmal zusammen: Wir haben hervorragende Flächen, das Gewerbegebiet Luneort in Bremerhaven, das gerade entwickelt wird, wir haben die Finanzierung zur Verfügung gestellt. Die Planungen sind den Anforderungen entsprechend jetzt anzugleichen, das heißt, es dürfen keine Hindernisse aufgebaut, es müssen breite Transportwege gebaut werden. Alles das ist auf einem guten Weg. Luneort befindet sich am Meer in der Nähe des offenen Wassers, befindet sich am Hafen, auch das ist eine perfekte Voraussetzung. Stahlbauexperten, auch das ist erwähnt worden, sind da. Man könnte die Hoffnung haben, dass dieser Bereich eine neue Chance gerade auch für SSW wird.

Ich möchte aber ganz besonders noch einmal die wissenschaftlichen Aktivitäten und Möglichkeiten für Bremerhaven herausstellen. Das ist einerseits das Alfred-Wegener-Institut, das sind die zwei geplanten Fraunhofer-Institute, die mit einem Technologiekontor für Transfer in Bremerhaven für ein ganz besonderes Know-how sorgen. Aber es gibt auch bereits gut etablierte und gut funktionierende Transferstrukturen, ich erinnere an das TTZ Bremerhaven. Auch hier können die Möglichkeiten ausgebaut und verstärkt werden. Ich weiß, dass das alles im Kontext mit der Forschung auch in Bremen laufen muss, und das wird es auch.

(D)

Diese besonderen Standortvorteile haben rund 70 Unternehmen in Bremerhaven, aber auch aus Cuxhaven und Institutionen erkannt und ein entsprechendes Kompetenzzentrum mit Hilfe des Landes gegründet. Namhafte Unternehmen, die diesem Zentrum angehören, bieten für mich die Garantie, dass hier professionell an der Realisierung der Offshore-Windenergie an der deutschen Küste gearbeitet wird. Natürlich, Frau Mathes, sollten wir das Ziel anstreben, dass Bremerhaven das Zentrum der Entwicklung wird, das Zentrum der Modellregion an der norddeutschen Küste. Damit würden wir dann auch europäische Sichtweisen erfüllen und auch entsprechende Fördermöglichkeiten.

Man muss aber realistischerweise auch sehen, dass die Offshore-Windparks und ihre Technologie keine Selbstläufer sind. Subventionierte Energie zum Schutz der Umwelt hat Herr Eckhoff eingangsmatisiert. Wir brauchen erneuerbare Energien, das ist völlig unbestritten, auch wenn dies einen Wirtschaftszweig abhängig von staatlicher Unterstützung macht. Das ist der Wermutstropfen.

Problematisch und noch mit vielen Entwicklungsfragen versehen sind die technischen Voraussetzungen der mit fünf Megawatt hoch dimensionierten Windkraftträder. Es sind die Leitungsfragen, es sind die Gründungsprobleme im Wattenmeer, im tiefen Wasser, und es ist natürlich auch das Planungsrecht. Umso wichtiger ist es, dass es uns gelingt, in Bre-

- (A) merhaven in Kooperation mit Bremen Forschungsprojekte zu akquirieren, einen Gondelprüfstand zu entwickeln und Standorte für den Test mit Prototypen bereit zu stellen. Alle Chancen dazu haben wir.

Angesichts dieser Chancen vor Ort, angesichts der Chancen im Export, aber auch angesichts der offenen Fragen, zum Beispiel der Bundesgesetzgebung, aber natürlich auch angesichts der Konkurrenz an der Nordseeküste muss unser Votum eindeutig heißen: Wir bereiten uns gut vor, denn wenn die Windparks kommen, müssen Bremen und Bremerhaven dabei sein. Daran arbeiten wir, Frau Mathes, das steht völlig außer Frage.

Jetzt kann man zum Schluss nur noch ein Resümee ziehen all dieser bremschen Vorteile, die hier diskutiert worden sind. Reichen die weichen und harten Standortfaktoren aus, um im Wettbewerb mit den anderen Städten zu bestehen und Windkraftfirmen zur Ansiedlung in Bremen und Bremerhaven zu überzeugen? Ich bin davon überzeugt, sie reichen aus, denn wir verfügen über hervorragende Strukturen, wir verfügen über kurze Wege, schnelle Entscheidungsmöglichkeiten und flexible Instrumente und natürlich auch den Willen zur professionellen Kooperation in der Entwicklung der Windenergie und schließlich und endlich Lebensqualität und Kultur. Der Senat wird also die sich anbietenden Chancen der Offshore-Windenergie für beide Städte, Bremen und Bremerhaven, nutzen, und die im Antrag genannten Punkte sind bereits Anteil des Konzeptes. An diesem Konzept werden wir energisch weiter arbeiten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch drei, vier kurze Bemerkungen machen zur Debatte. Als Erstes zu Herrn Dr. Käse: Herr Dr. Käse, dicke Backen machen noch keinen Wind, vor allen Dingen helfen sie nicht der Windenergiebranche.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich glaube, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, man kann Ihnen das ja nicht zum Vorwurf machen, aber wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, noch einmal insbesondere in der letzten Legislaturperiode die Debatten nachzulesen zum Thema Windenergie, auch in Bremen, nicht nur offshore, sondern hier onshore, konkret mit Standorten, so hätten Sie festgestellt, dass wir gemeinsam dort, SPD und CDU, immer an einem Strang gezogen haben. Deshalb hier von Scheinheiligkeit zu sprechen, was unsere Wind-

energieposition betrifft, das ist nun beim besten Willen unangebracht, Herr Dr. Käse!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass das auch die Chance ist bei diesem Thema. Im weiteren Teil Ihrer Rede war das ja auch im Endeffekt zu 90 Prozent deckungsgleich, dass wir hier auch mit allen Männern und allen Frauen, nicht nur im Parlament, sondern auch in den verschiedenen Bereichen der senatorischen Behörden an einem Strang ziehen, um dieses Thema Windenergie in Bremen voranzubringen, und deshalb, finde ich, sollten Sie nicht versuchen, da nun von irgendwelchen Sprechern, Herrn Paziorek oder wie der heißt – ich habe vorhin Herrn Focke gefragt, ob er den kennt, ich habe da dann noch einmal nachgefragt –, Einzelpositionen aus der CDU entsprechend vorzutragen. Die Meinung der CDU-Bürgerschaftsfraktion zu diesem Thema war immer klar und eindeutig, und daran sollten Sie sich auch in Ihren Beiträgen orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte eine Bemerkung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz machen, das haben Herr Dr. Käse und Frau Dr. Mathes in ihren Beiträgen ja auch angesprochen. Sicherlich, aus dem Bereich der Windenergiebranche ist dieses EEG ein Erfolg, völlig klar! Auch die Wirkungen, die in den letzten Jahren im Bereich des Arbeitsmarktes entwickelt wurden, wären ohne dieses EEG in dieser Form nicht möglich gewesen. Nun allerdings zu sagen, 1998 war der Beginn des Aufstiegs der Windenergiebranche, das ist nun beim besten Willen auch nicht richtig! 1991 ist das Stromeinspeisungsgesetz eingeführt worden. Erst dieses hat überhaupt dafür gesorgt, dass über den Idealismus hinweg, den Sie ja Mitte der achtziger Jahre hier auch angesprochen haben in Ihrer Rede, Herr Dr. Käse, sich das für Windenergieerbauer und -betreiber das erste Mal gerechnet hat.

Dann hat 1991 bis 1998 schon eine Förderung der Windenergiebranche eingesetzt, die dazu geführt hat, dass bereits bei den Debatten, die wir 1997 hier zu diesem Thema geführt haben, Deutschland im Bereich der Windenergie weltweit die meisten Arbeitsplätze hatte und 1997 bereits hinter Dänemark, was den Bereich der Windenergieproduktion betraf, weltweit auf Platz zwei war. Das war 1998, als Sie die Bundesregierung übernommen haben, die Realität. Darauf aufgesetzt hat dann das EEG, und insofern ist auch dies ein gemeinsames Werk der Förderung 1991 jetzt bis 2002 der Windenergiebranche, woran alle beteiligten Fraktionen in diesem Parlament auf Bundesebene ihren entsprechenden Anteil haben, lieber Herr Dr. Käse und liebe Frau Dr. Mathes.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Eine weitere Bemerkung, weil das auch immer so herausgearbeitet wird nach dem Motto, man hört das ja, ich glaube, Frau Dr. Mathes hat das angesprochen, das Wirtschaftsressort hat ja etwas gegen die Windenergie in den letzten Jahren gehabt. Völliger Quatsch! Zum einen ist das Wirtschaftsressort über – –.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Da hast du aber ein schlechtes Gedächtnis!)

Nein, ich komme ja gleich auf einen Punkt! Lasst mich doch einmal eben! Zum einen ist das Wirtschaftsressort sogar an Windenergieunternehmen beteiligt, zumindest beteiligt gewesen über lange Jahre, und hat dazu beigetragen, dass einzelne Firmen, die jetzt vom Wachstumsmarkt profitieren, überhaupt erst die Möglichkeit haben, jetzt von diesem Wachstumsmarkt zu profitieren. Wenn das Wirtschaftsressort dort nicht das eine oder andere Mal eingeschritten wäre, wäre dieser Wachstumsprozess heute gar nicht mehr in dieser Form möglich gewesen. Auch dies muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Zum Zweiten gab es auch bei den meisten Anträgen im Bereich des Öko-WAP immer gemeinsame Vorlagen der beiden Häuser Umwelt und Wirtschaft, was den Bereich der Windenergie betraf. Dritte Bemerkung, und da gab es Kontroversen.

(Zuruf des Abg. D r . S c h u s t e r [SPD])

Lieber Joachim Schuster, da gab es Kontroversen, ist doch vollkommen klar! Das waren einzelne Standorte!

(Abg. D r . S c h u s t e r [SPD]: Viele einzelne Standorte!)

Darüber ist gesprochen worden, aber dort musste es doch auch einen Diskussionsprozess geben. Dort hat sich doch nicht das Wirtschaftsressort hingesetzt und gesagt, wir haben jetzt Probleme mit dem einzelnen Standort. Wenn ich nur allein daran denke, welche Diskussionen es mit den Stahlwerken gab, die nun teilweise der Auffassung waren, dass mehrere Windenergieanlagen dort den wunderschönen Ausblick auf die Stahlwerke beeinträchtigen würden, so war dies ein Diskussionsprozess, den man mit einzelnen Unternehmen oder teilweise mit Unternehmen, die in Gewerbegebieten ansässig waren, führen musste.

Da wurde dann vermittelt, und wir haben uns gleich zu Beginn der Legislaturperiode hingesetzt und im Endeffekt die umstrittenen Gebiete offen diskutiert, fair miteinander diskutiert in der großen Koalition und haben Lösungen für alle Bereiche im Endeffekt ge-

funden. Deshalb, glaube ich, konnte Frau Wischer nun auch gerade berichten, dass die erste Ausbaustufe nun fast erfolgreich umgesetzt ist. Dies ist ein Erfolg der gemeinsamen Arbeit von SPD und CDU, das muss man an dieser Stelle diskutieren, und das sollten wir uns auch nicht gegenseitig kleinreden, liebe Kollegen von der SPD!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . S i e - l i n g [SPD]: Aber gesagt werden muss es!)

Eine letzte Bemerkung zum Ausblick der Onshore-Windenergie, wenn dieses Thema auch gerade mit den Standorten angesprochen wird! Wir müssen jetzt dazu kommen, die zweite Stufe, Frau Senatorin Wischer hat das angesprochen, zu diskutieren. Dabei im Mittelpunkt wird natürlich auch stehen müssen der Bereich Repowering, also in neudeutsch das Ersetzen der alten Anlagen, die meistens nur kleine Produzenten sind, durch größere Anlagen, die einfach gängiger heutzutage am Markt sind. Dem müssen wir uns gerade in Bremen und Bremerhaven, wo wir eben nicht unendlich Flächen haben, widmen. Zu überlegen, an welchen Standorten, wo bis jetzt keine Anlagen stehen, können wir diese durch größere Anlagen ersetzen, das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam leisten müssen.

Nur, ich bin mir sicher, Herr Dr. Käse, Herr Dr. Schuster, dass wir dies auch gemeinsam abarbeiten werden und wir schauen werden, zum einen, wo kann man neue Standorte definieren, wobei dort der Platz geringer wird, aber darüber hinaus auch, wo kann man alte Anlagen gegebenenfalls durch neue, moderne technische Anlagen ersetzen. Dazu sind wir gesprächsbereit, und ich bin mir sicher, dass wir auch diese Aufgabe wie die anderen gemeinsam anpacken und auch dann lösen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Domann-Käse. Herr Dr. Domann-Käse ist in den Stand der Ehe getreten vor wenigen Wochen, und ich bitte Sie, jetzt zur Kenntnis zu nehmen, dass er den Namen Dr. Domann-Käse trägt!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das lernen wir noch! Erst einmal muss es ja doch seine Frau lernen!)

Abg. **Dr. Domann-Käse** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Mathes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ja ausgeführt, dass sie diesen Antrag der großen Koalition unterstützt. Das, muss ich sagen, freut mich außerordentlich, dass Sie unseren Schritt in diese Richtung begrüßen und dass Sie sich

(C)

(D)

- (A) nicht auf den Schlips getreten fühlen, dass die große Koalition eben die Nase vorn hatte in einem Themengebiet, welches Sie als Grüne natürlich als Ihr ureigenstes begreifen. Das ist sehr gut, dass wir in diesem Haus an diesem Thema gemeinsam arbeiten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben angesprochen, dass Ihnen unsere Stoßrichtung in dem Antrag, die Region Bremen/Bremerhaven auszubauen in einer Konkurrenzsituation zu anderen norddeutschen Standorten, nicht passt. Wir Sozialdemokraten sind natürlich auch der Auffassung, dass Kooperation mit Niedersachsen für ein so kleines Bundesland wie Bremen notwendig und überlebensnotwendig ist, gar keine Frage! Aber Kooperation bedeutet, dass man sich zusammensetzt und verhandelt und sich auch auf Maßnahmen verständigt. Solche Verhandlungen führt man in aller Regel, wenn man sie erfolgreich für sich führen will, auch aus einer Position der Stärke heraus. Deswegen können wir es natürlich nicht zulassen, dass sich Niedersachsen mit einzelnen Häfen sehr stark positioniert im Offshore-Wettbewerb und wir dieses Thema vernachlässigen und dann hinterherlaufen.

- (B) Das heißt natürlich nicht, dass wir hier eine Kampfansage machen, das wäre Quatsch. Der Kuchen ist in der Tat groß genug. Wir müssen aber im Gleichklang mit den anderen dabei sein, und Niedersachsen hat bereits eine Entwicklungsstrategie für „offshore“ vorgelegt, ist relativ weit in diesem Bereich. Insofern ist es genau richtig, wie wir hier vorgehen. Wir sagen, wir sind vorn mit dabei, aber wir werden selbstverständlich nicht hier knallhart gegeneinander arbeiten, sondern wir setzen auch auf eine vernünftige Kooperation in Norddeutschland.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Eckhoff, ich wollte Ihnen hier sicherlich nicht unrecht tun, Ihnen und der Fraktion der CDU, in dem Sinne, dass Sie in der Förderung der Windkraft keine konsequente Linie über die Jahre vertreten hätten. Das habe ich ganz sicher nicht gemeint, wenn ich von Scheinheiligkeit gesprochen habe. Ich nehme Ihnen das durchaus ab, dass das ein Thema ist, mit dem Sie sich ernsthaft auseinandersetzen und das Sie auch ernsthaft nach vorn bringen wollen.

Sie kommen aber natürlich nicht an den Widersprüchen vorbei, die sich ergeben, wenn Sie die Position der CDU/CSU auf Bundesebene im Vergleich zu der hier von Ihnen präsentierten betrachten. Ich habe das, was ich an Ausführungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz hier zitiert habe, nicht von einer Homepage www.paziorek.de oder Ähnlichem heruntergeladen, hier keinesfalls Einzelmeinungen präsentiert. Ich zitiere daher noch einmal aus der

Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 7. August 2002, noch nicht besonders lange her, und dort Herrn Dr. Peter Paziorek, Mitglied des Bundestages, umweltpolitischer Sprecher in der CDU/CSU-Fraktion. Er hat gemeinsam mit Herrn Kurt-Dieter Grill, das ist der Berichtsersteller für Energiepolitik – möglicherweise nehmen Sie jetzt nach der Wahl Änderungen vor, es hat da ja eine gewisse Leerstelle in diesem Kompetenzteam der CDU/CSU gegeben im umweltpolitischen Bereich, da hat wohl Herr Paziorek nicht heineingepasst, möglicherweise gibt es da jetzt einen Wechsel –, aber diese beiden Kollegen, die damals eine gewichtige Rolle in der Bundespolitik der CDU gespielt haben, haben gemeinsam erklärt, ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten:

„Rotgrün blendet bei der Förderung erneuerbarer Energien das oberste Kriterium der Effizienz vollständig aus. Die Äußerungen des Umweltministers belegen, dass die konzeptionslose Energiepolitik der Bundesregierung nicht den Ansprüchen einer nachhaltigen Energieversorgung genügt. Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit spielen bei rotgrüner Energiepolitik zu Lasten des Verbrauchers sowie des Standorts Deutschland keine Rolle.“ Und weiter am Ende der Presseerklärung: „Die von Rotgrün derzeit verfolgte ideologiegeprägte, ineffiziente Subventionspolitik schafft nicht ausreichend Anreize für die Weiterentwicklung bestehender beziehungsweise für die Entwicklung neuer Technologien und ist damit nicht nachhaltig.“

Meine Damen und Herren, wie soll man das anders verstehen als einen harten Angriff auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches Sie hier doch im Hause einhellig gelobt haben?

(Beifall bei der SPD)

Insofern bleibe ich bei meiner These, dass Sie sicherlich hier ehrliche Bemühungen um die Windkraft in Bremen und Bremerhaven mit uns angeschoben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber ich denke, Sie müssen noch ein bisschen auf Ihre Chefin, auf die liebe Frau Merkel, einreden, dass Sie vielleicht mit dieser Position im Kanon der CDU und der CSU auf Bundesebene ein gewichtigeres Wort mitreden können. Dafür drücken wir Ihnen dann auch wirklich von ganzem Herzen die Daumen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte es jetzt eigentlich kurz machen, weil ich mich richtig über diese Debatte freue, aber die Frage, wer ist jetzt der Verantwortliche oder die

(C)

(D)

(A) Mutter der Entwicklungen, die positiv bewertet werden, geht manchmal vielen Leuten ziemlich auf den Geist. Die Windenergiebranche, und das muss man auch ganz klar, glaube ich, noch einmal formulieren, ermöglicht wirtschaftsstrukturell genau eine Entwicklung, die für Bremerhaven eine enorme Chance bietet, wie es sie die letzten Jahre nicht gab, als es eigentlich immer nur in die Richtung ging, dass die Großindustrie zusammengebrochen ist und dass somit immer weiter Probleme sowohl im Sozialen als auch im wirtschaftlichen Bereich entstanden sind.

Die Möglichkeit der Trendwende ist erfreulich, aber ich möchte mich nicht noch in diese ganze Lobhudelei einordnen. Ich glaube, es weiß die Bevölkerung, wofür die Grünen stehen, und dass das unser Thema ist, muss man nicht ständig wiederholen, und dass wir hier weiter konstruktiv arbeiten. Ich freue mich da auch auf eine konstruktive Zusammenarbeit in diesem Haus insgesamt.

Der zweite Punkt, auf den ich noch eingehen wollte, ist die Kooperation. Das habe ich hier sowohl dem Beitrag von Frau Winther als auch dem Beitrag von Herrn Dr. Domann-Käse entnommen, dass natürlich auch die Chancen der Kooperation genutzt werden sollen. Ein Beispiel wäre unter anderem in der Frage, wie man ein Ausbildungszentrum gemeinsam errichtet, um dann auch international die Studierenden, aber nicht nur Studierende auf diesen Niveaus, sondern auch Auszubildende mit geringer Eingangsqualifikation in dem Bereich weiter zu qualifizieren beziehungsweise da das Potential zu schaffen, um weltweit auch das Know-how auf den Arbeitsmarkt zu transportieren. Das ist ein wesentlicher Punkt, Kooperation zu verwirklichen. Auch der weitere Gedanke, den ich in meinem Beitrag deutlich gemacht habe, nämlich Onshore-Technologie angemessen mit einzubeziehen, wurde in den folgenden Redebeiträgen aufgegriffen. Soweit kann man, glaube ich, insgesamt nur zufrieden sein. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt wird mir das mit den Namen etwas zu kompliziert, den unseres Umweltsprechers habe ich schon fast wieder vergessen, den Doppelnamen auch. Lieber Mario, wenn ich das so vielleicht etwas einfacher gestalten darf,

(Heiterkeit)

ich glaube, auch Rotgrün in der neuesten Koalitionsvereinbarung sieht durchaus bestimmte Schwächen des EEG, darüber kann man auch lange debattieren. Es ist, glaube ich, auch nicht im Sinne des Um-

weltschutzes, wenn ich das einmal sagen darf, dass sich gerade die Technik auch im Windenergiebereich immer effizienter, immer besser gestaltet, Einspeisevergütungen aber im Endeffekt, beziehungsweise die Zahlungen auf einem konstanten Niveau sind. Die Technik entwickelt sich schneller als die Degressivität der Gestaltung. Das führt dazu, dass im Endeffekt der Profit im Bereich der Windenergiebetreiber deutlich zunimmt.

Damit hat man bis zu einem gewissen Umfang überhaupt kein Problem. Ich schätze einmal, dass einige hier wahrscheinlich auch an einzelnen Windanlagen, Windparks, wie auch immer, beteiligt sind. Ich glaube aber, irgendwann muss man sich auch überlegen, wenn man denn bewusst eine solche Energie fördert, subventioniert, dann gibt es in dem Bereich einfach Grenzen. Dann muss man überlegen, wie kann man das EEG so umgestalten, dass es im Endeffekt dieser Zielrichtung der Förderung gerecht wird, aber ohne nun übermäßig Profite auch tatsächlich in dem Bereich auszuschütten, weil es eine staatlich subventionierte Angelegenheit ist. Das ist das Kunststück, das man machen muss.

Das war auch schon das Problem bei dem Einspeisungsgesetz, zu dem es dann die entsprechenden Diskussionen über die Notwendigkeit gab. Deshalb schreibt die rotgrüne Koalition selbst in ihren Koalitionsvertrag, wir wollen Fördermechanismen weiterentwickeln. Da steht nicht, wir wollen alles so weiter behalten, wie es ist, sondern wir wollen es weiterentwickeln. Das ist im Endeffekt auch die Position der CDU, was zumindest auch in unserem Wahlprogramm dazu steht. Es hat keiner gesagt, und es wäre auch völliger Quatsch, wir wissen selbst, dass Frau Merkel über viele Jahre für den Bereich Umweltpolitik in der Bundesregierung auch zuständig war, es hat überhaupt keiner gesagt, wir wollen die erneuerbaren Energien nicht fördern, sondern wir haben immer gesagt, wir wollen die Fördermittel möglichst effizient einsetzen, damit wir auch nicht nur im Bereich Windenergie, sondern auch im Bereich Wasser und Sonne zum Beispiel von diesen Fördermitteln profitieren. Das war der Ansatz der CDU im Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, das sollte man auch zur Ehrlichkeit dieser Debatte noch einmal anmerken.

Eine weitere Bemerkung noch einmal: Wir haben diesen Antrag jetzt gemeinsam auf den Weg gebracht. Deshalb war ich ein bisschen verwundert, auf der einen Seite sagen Sie, bei der CDU ist alles scheinheilig, aber bei den Grünen bedanken Sie sich für die Zustimmung, Herr Dr. Käse! Das passt irgendwie nicht ganz. Wir bedanken uns gemeinsam bei den Grünen dafür, dass sie diese Initiative mitmachen, aber diese Initiative haben wir schon insgesamt in der großen Koalition erarbeitet. Das sollten

(C)

(D)

(A) wir auch an dieser Stelle sagen, und Sie haben das auch noch einmal zurechtgerückt, dass die Position zumindest der CDU-Bürgerschaftsfraktion zu diesem Thema immer eindeutig und klar war, und das wird sie auch in Zukunft bleiben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1254 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Einstimmig)

Weserquerung im Zuge der A 281

(B) Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002
(Drucksache 15/1256)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten heute über einen weiteren Meilenstein für den Bau der A 281, und zwar über einen Meilenstein, der dazu führen wird, dass es uns gelingt, den Autobahnring zu schließen. Das wird verbunden sein mit erheblichen Vorteilen für das gesamte Land Bremen, aber nicht nur für Bremen selbst, sondern auch für die gesamte Region darum herum. Es geht hier heute um die Beratung und nicht nur die Kenntnisnahme, sondern wir sollen auch die Grundsatzentscheidung treffen, dass wir der Lösung der Weserquerung mit dem Bau eines Tunnels und den entsprechenden Finanzierungen zustimmen. Damit verbunden ist das Ziel, im Jahr 2010 diesen Autobahnring um Bremen geschlossen zu haben und die A 281 soweit fertiggestellt zu haben.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, was mit der Schließung dieses Autobahnring verbunden ist: Wir gewinnen damit die Möglichkeit, das Güterverkehrszentrum direkt und leistungsfähig an-

zuschließen. Wir kommen dazu, dass der Bremer Industriepark eine vernünftige Erschließung bekommt und dort endlich die Möglichkeit für Ansiedlungen geschaffen wird, wofür Flächen zur Verfügung stehen, die dringend nötig sind. Wir bekommen eine Entlastung des Bremer Kreuzes und auch der A 1, zumindest in dem Abschnitt von Arsten bis zum Bremer Kreuz selbst, wo sie sehr hoch belastet ist.

Meine Damen und Herren, wir bekommen auch eine Entlastung der Relation der B 75 für die Verkehre, die von der A 27 Richtung Westen, Niederlande, aber auch natürlich in unseren Bereich des GVZ gehen. All diese Verkehre können dann die Weserquerung, die A 281 nehmen. Insbesondere Letzteres wird dazu führen, dass der Stadtteil Neustadt entlastet wird von Schwerlastverkehr und Lkw-Verkehr. Das ist eine gute und richtige Entwicklung, über die wir uns hier, glaube ich, im gesamten Haus freuen können für diese Stadtteile, die nicht wenig belastet sind.

Wir finanzieren die A 281, insbesondere finanzieren wir die Weserquerung. Die Weserquerung wird finanziert aus dem so genannten Privatfinanzierungsgesetz des Bundes. Es gibt darin insgesamt 17 Objekte bundesweit, und Bremen ist mit dieser Weserquerung eines der ersten, das angegangen wird. Das bedeutet, dass der direkte öffentliche Investitionsanteil nur einen geringeren Umfang haben wird, nämlich 20 Prozent der Gesamtinvestition, und es ansonsten eine private Investition gibt, die über die Bemaunung hereingespielt wird.

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]: Bemaunung?)

Es gibt Mautgebühren! Es ist gut, wenn man so formuliert, dass die Aufmerksamkeit auch in der eigenen Fraktion steigt.

Es wird also eine Maut für diese Weserquerung erhoben. Ich will daran erinnern, wir haben das hier vor einem Jahr diskutiert, weil diese Frage schon von Bedeutung ist, wie viel Verkehr man denn da hinüber bekommt. Die Grundsatzentscheidung läuft in die Richtung eines so genannten Akzeptanztarifes, so dass die Mautgebühr für Pkw etwa, man kann da jetzt nur die Größenordnung nennen, bei 1,80 Euro liegt und für Lkw bei 4,10 Euro. Auch da ist es richtig, finde ich, im Zusammenhang mit der Lkw-Maut den Lkw stärker zu belasten, aber auch in Ordnung, Pkw-Querungen dort mit einer Maut zu belegen, denn darüber wird dieses Vorhaben finanziert.

Zur Tunnelentscheidung jetzt im Einzelnen! Ich will darauf hinweisen, dass ausweislich der Vorlage das gesamte Vorhaben auf etwa 207 Millionen Euro taxiert wird. Es wird uns dargelegt, dass es noch eine bestimmte Spannweite gibt zwischen 192 und 221 Millionen Euro, aber der kalkulierte Durchschnittswert wird eben bei diesen 207 Millionen Euro liegen. Ich will auch darauf hinweisen, dass entgegen

(C)

(D)

(A) der Annahme noch vor einem Jahr jetzt die vertiefte Betrachtung dazu geführt hat, dass das Ganze, diese Investition, doch noch etwas teurer wird. In den Vorlagen vor einem Jahr war für die Tunnellösung noch die Rede von etwa 162 Millionen Euro, die vertiefte Betrachtung hat da zu Kostensteigerungen geführt. Trotzdem, und das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, ist man in der Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dem Tunnel einen Vorzug gegenüber einer Brücke zu geben. Wir haben dies hier vor einem Jahr noch diskutiert und auch lange diskutiert. Es war sehr lange unklar.

Ich will, weil damit auch viele Emotionen in der Stadt und natürlich insbesondere im Stadtteil Seehausen verbunden waren, noch einmal auf die einzelnen Argumente kommen, weil es schon von Bedeutung ist, da auch jetzt noch eine Brücke ausweislich der Vorlage 20 bis 40 Millionen Euro kostengünstiger gewesen wäre in der direkten Investition, aber die Gesamtabwägung zu der Entscheidung für den Tunnel geführt hat. Dazu ist als erster Grund in der uns vorliegenden Drucksache der städtebauliche Aspekt berücksichtigt und ausgewiesen, und zwar deshalb, weil mit einem Tunnel die Beeinträchtigungen für Seehausen und die dortigen Wohngebiete und damit natürlich auch die Wertverluste von Grundstücken und Immobilien erheblich geringer sind. Ein weiterer Vorteil besteht übrigens auch darin, dass die Lärmbeeinträchtigung für die Bevölkerung geringer ist. Ich halte das für eine gute und richtige Entscheidung, dies sehr hoch zu bewerten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite ist, dass auch der Eingriff in Landschaft und Kulturgüter geringer ist, also auch Naturschutzaspekte dazu geführt haben, dem Tunnel ein höheres Gewicht einzuräumen. Der dritte Punkt ist die Vermeidung insbesondere von Planungs- und Prozessrisiken, weil man mit Sicherheit davon auszugehen hätte, dass eine Entscheidung für eine Brücke zu Auseinandersetzungen und damit vielleicht zu Zeitverzögerungen geführt hätte, wodurch wir dann im Ergebnis das Ziel, das wir gemeinsam haben, 2010 den Autobahnring zu schließen, nicht erreicht hätten. Viertes: besserer, ungestörterer Verkehrsablauf in einem Tunnel statt auf einer Brücke! Der fünfte Punkt ist die höhere Akzeptanz in der Öffentlichkeit.

Es gibt auch einige Argumente, die für eine Brücke gesprochen hätten. Man erwartete dort ein geringeres Katastrophenrisiko und einige andere auch bautechnische Vorteile, aber unter dem Strich, und das ist doch das Wichtige und Wertvolle für uns, hat auch die Abwägung nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten am Ende für einen Tunnel gesprochen. Es ist gelungen, auch die Bundesregierung davon zu überzeugen. Das war der entscheidende Punkt,

denn von den von mir angesprochenen 207 Millionen Euro werden 80 Prozent, wie gesagt, privat finanziert, aber der Bund muss nach der jetzigen Vereinbarung 20 Millionen von den restlichen 35 Millionen Euro bezahlen. Auf Bremen kommen nur sechs Millionen Euro an Investitionsbedarf zu. Das ist ein hervorragendes Ergebnis.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich meinen Glückwunsch an die Leute aussprechen, die dort verhandelt haben, insbesondere federführend an das Bauresort und hier namentlich Frau Senatorin Wischer,

(Beifall bei der SPD)

aber auch an die mit der Verkehrspolitik befasste Abteilung im Wirtschaftsressort.

(Zuruf des Abg. F o c k e [CDU])

Ich denke, gerade angesichts der knappen Mittel, Herr Kollege Focke, die es auch auf Bundesebene für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen gibt, kann man diesen Erfolg nicht hoch genug werten. Ich finde es auch gut, dass die alte Bundesregierung und jetzt auch die neue Bundesregierung weiter einen Schwerpunkt darauf setzt, Verkehrsinfrastruktur im Norden jetzt stärker auszubauen und nicht immer nur im Süden und in anderen Regionen zu investieren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein direkter Vorteil für uns.

Ich finde aber auch, man braucht bei so etwas auch ein bisschen Fortune. Ich glaube, wir haben auch ein bisschen Fortune gehabt, weil es ja in der ganzen Debatte immer ein Risiko gab. Viele konnten das Wasser nicht halten und waren schon so kräftig entschieden für einen Tunnel aus emotionalen Gründen teilweise und haben dies immer wieder propagiert. Das Risiko, das damit ja immer im Zusammenhang stand, war, dass der Bund dann gesagt hätte, wenn ihr in Bremen kommunalpolitische oder landespolitische Gründe nur habt, für den Tunnel euch auszusprechen, der ja teurer ist, dann müsst ihr das auch bezahlen. Wir, Bund, zahlen nur, wenn es insgesamt verkehrspolitisch von Vorteil ist.

Dieses Argument hat sich dann Gott sei Dank durchgesetzt, und ich glaube, alle waren doch sehr froh. Ich erinnere mich besonders – schade, Herr Senator Hattig ist jetzt nicht da – an die Grundsteinlegung, die wir, glaube ich, am 3. Juni hatten für die A 281 mit dem damaligen Bundesverkehrsminister Bodewig. Senator Hattig war ja entgegen seiner sonstigen Art – er argumentiert ja immer, was ich sehr schätze, sehr faktenbezogen und sachbezogen – wie viele andere sicherlich tief beeindruckt und offensichtlich auch emotional gerührt durch die De-

(C)

(D)

(A) monstration dort und hat sich faktenfrei für den Tunnel ausgesprochen, frisch und fröhlich.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Gewünscht hat er es sich!)

Gewünscht! Es ist ja auch gekommen, das ist gut, aber vielleicht hätte die Entscheidung, die ja dann Mitte September noch kurz vor der Bundestagswahl erfolgt ist, vielleicht früher stattfinden können und so manche Nerven hätte schonen können, wenn man da nicht frühzeitig so ein bisschen leichtfertig das Signal gegeben hätte, wir, Bremen, finden das total toll. Ich fand das ein bisschen riskant von Herrn Senator Hattig, der sonst ausgesprochen solide ist und auch weiterhin ausgesprochen solide ist.

Ich bin aber froh, meine Damen und Herren, dass wir im Ergebnis eben nicht nur hier bremische Wünsche so umgesetzt haben, sondern dass auch die Untersuchung, das Gutachten dazu geführt hat, dass wir hier die Entscheidung für die Tunnellösung haben, und bitte darum, dass wir heute nicht nur hier von Kennntnis nehmen sollten, sondern nachher auch als gesamtes Haus dieser Lösung und den Finanzierungszusagen, die wir ja im Grundsatz geben müssen für unsere sechs Millionen Euro, die Zustimmung erteilen. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im letzten Jahr der Privatfinanzierung und der Mautlösung einer Weserquerung zugestimmt. Ich bin mir mit meinem Kollegen Sieling darin einig, dass es unbedingt nötig ist und eigentlich sehr spät kommt, eigentlich Jahre zu spät kommt, das Güterverkehrszentrum endlich vernünftig anzubinden, damit nicht mehr, wie Herr Senator Hattig es, glaube ich, letztes Jahr so treffend formuliert hat, Lkw-Kolonnen sich auf mittelalterlichen Pfaden in Richtung GVZ schieben, sondern dass es hier endlich eine vernünftige und adäquate Anbindung gibt. Ich bin auch einverstanden, Herr Sieling, auch ich verspreche mir davon, dass zukünftig, wenn es denn alles fertig ist, der Industriepark West, der ja doch eher vor sich hin dümpelt, damit wieder eine neue Entwicklungschance erhält.

Die Weserquerung soll den Autobahnring um Bremen schließen und gemeinsam mit den verschiedenen Bauabschnitten der A 281 auch dazu beitragen, dass, und das ist für uns Grüne ganz wichtig, vor allem Wohngebiete nach der Fertigstellung dieser Weserquerung vom Lkw-Verkehr entlastet werden. Diese Zielsetzung ist für die Grünen von zentraler Bedeutung und auch mit ein wesentlicher Grund,

dass wir diesem großen Verkehrsprojekt unsere Zustimmung geben.

(C)

Ein umfassendes Gutachten, Herr Sieling hat darauf hingewiesen, der Technischen Universität Dresden hat die Alternativen Brücke oder Tunnel geprüft und zunächst einmal festgestellt, dass die Weserquerung sowohl als Hängebrücke oder aber auch als Tunnel realisierbar ist. In diesem Gutachten wurden des Weiteren sehr umfangreich in einem qualitativen Vergleich die Vor- und Nachteile der jeweiligen Lösung festgestellt. Vorteile eines Tunnels sind im Wesentlichen, auch das hat Herr Sieling gesagt, eine geringere Beeinträchtigung des Ortsteils Seehausen, eine geringere Beeinträchtigung von Landschaft sowie von Menschen, Kultur- und Sachgütern. Geringere Planungs- und auch Prozesskosten sind ein positiver Grund für einen Tunnel und die Akzeptanz in der Öffentlichkeit.

Für eine Brückenlösung sprechen laut Gutachter die Investitionskosten, immerhin ist eine Brücke 20 bis 40 Millionen Euro preisgünstiger als ein Tunnel, das muss man immer im Kopf haben, weil es hier ja auch um Bremer Geld geht. Es gibt ein geringeres Katastrophenrisiko gegenüber Tunneln. Wer in der Vergangenheit über die erheblichen Tunnelunglücke nicht nur in Deutschland gelesen hat, der weiß, dass die Sicherheit in einem Tunnel eine sehr hohe Bedeutung haben muss. Für eine Brücke sprechen geringere bautechnische Risiken und eine geringere Anschubfinanzierung. Diese Kriterien haben die Gutachter gewichtet, Vor- und Nachteile offengelegt, und im Endergebnis kommen die Gutachter zu der Empfehlung, die Planung des Tunnels weiterzuverfolgen.

(D)

Meine Damen und Herren, beide Varianten, Brücke und Tunnel, haben Vor- und Nachteile, die sorgfältig abgewogen werden müssen. Eine Brücke ist eindeutig das kostengünstigere Bauwerk, das Sicherheitsrisiko bei Unfällen in Tunneln ist größer. Aus ökologischer Sicht, und dieser Aspekt ist für uns Grüne von erheblicher Bedeutung, geben die Gutachter dem Tunnel einen Vorzug. Dabei möchte ich persönlich anmerken, dass beide Bauwerke, sowohl eine Brücke als auch ein Tunnel, gewaltige Einschnitte in Natur und Landschaft bedeuten und dass ein Tunnel die Landschaft zukünftig in einem erheblichen Ausmaß zerschneiden wird und dies zu erheblichen Verlusten von Biotopen, Arten und Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren führt.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Und die Brücke?)

Zu mehr! Unserer Auffassung nach eindeutig hier zu größeren Verlusten führt! Darum sind wir absolut dafür, dass bei diesem Bauwerk eben ein ausreichender qualitativ hoher Ersatz geschaffen werden muss, meine Damen und Herren.

Sie wissen, dass ich mich letztes Jahr hier an dieser Stelle für eine Brücke ausgesprochen habe, dass

(A) ich gesagt habe, ich finde eine Brücke gut, nicht nur weil sie kostengünstiger ist, nicht nur weil sie aus meiner Sicht geringere Risiken bei Unfällen aufweist, sondern vor allen Dingen auch, weil ich mir eine Brücke aus städtebaulichen Gründen gut vorstellen konnte. In anderen Städten sind Brücken eben auch ein städtebauliches Merkmal, und zwar ein positives Merkmal. Ich habe aber sehr wohl wahrgenommen, die Menschen in Seehausen empfinden eine Brücke als Bedrohung, nicht nur als Bedrohung, sondern sie sehen eine Senkung ihrer Lebensqualität, sie haben Sorge, dass sie wegen der Höhe, die eine Brücke haben müsste, so zirka 65 Meter, zukünftig unter Brückenpfeilern wohnen müssten.

Meine Damen und Herren, ich nehme diese Sorgen der Menschen vor Ort sehr ernst, schließlich sind sie die Hauptbetroffenen dieses Bauwerks, und sie sind es, die schließlich mit diesem Bauwerk zukünftig werden leben müssen. Das respektiere ich, und wir Grünen werden daher den Empfehlungen der Gutachter folgen und einer Tunnellösung zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Die Weserquerung kostet den Bund und kostet Bremen sehr viel Geld, Herr Sieling hat die Zahlen genannt. Das Land beteiligt sich mit sechs Millionen Euro Anschubfinanzierung, der Bund steuert 35 Millionen bei, ansonsten soll der Tunnel privat finanziert und durch eine Maut refinanziert werden. Um überhaupt eine Akzeptanz bei Lkw- und Pkw-Fahrern zu erreichen, darf diese Maut nicht zu hoch werden. Hier liegt ein gewisses Risiko, ein Risiko für Bremen, aber auch ein Risiko für die Betreiber.

Für uns ist es daher unabdingbar, dass mit Fertigstellung des Tunnels parallelen Lkw-Verkehren quer durch die Stadt zukünftig dann auch ein Riegel vorgeschoben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Tunnel muss dazu beitragen, und das ist ein zentrales Anliegen der Grünen, dass es überall in der Stadt zu einer spürbaren Entlastung von Lkw-Verkehr kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das bedeutet für uns allerdings auch eine Überarbeitung des Lkw-Führungsnetzes.

Meine Damen und Herren, mit diesem neuen Bauwerk im Rücken – ich meine, es dauert Jahre, bis es denn endlich fertig ist – kann ich es andererseits nun allerdings überhaupt nicht verstehen, dass die Koalition praktisch jetzt noch neue Verkehrsachsen quer durch die Stadt plant, baut, wie jetzt gerade mit der Aufweitung der Schwachhauser Heerstraße. Hier

(C) geben Sie doch genau das Signal, auch weiterhin Lkw-Fahrern zu sagen, düst einmal schön von der Autobahn über die Kurfürstenallee durch die Schwachhauser Heerstraße quer durch die Stadt. Ich glaube, das ist ein falsches Signal, und hier sollten Sie wirklich noch einmal überlegen, ob Sie nicht gerade mit der Begründung eines Tunnels hier den Menschen in Schwachhausen sagen könnten, wir haben demnächst einen Tunnel, auf diese Straßenausbauten können wir verzichten, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Tunnel ist aus unserer Sicht ein Beitrag dazu, die Lebensqualität in der ganzen Stadt zu erhöhen. Wir fordern Sie daher auf, mit der Zustimmung heute zum Bau eines Tunnels auch eine neue Verkehrspolitik zu verbinden, die einerseits Ernst macht damit, Lkw-Verkehre zukünftig aus Wohngebieten zu verbannen und vor allem Ernst macht und Schluss macht mit dem Bau neuer Verkehrsachsen durch die Stadt. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

(D) Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Krusche, wer nun glaubt, nur mit dem Wesertunnel die gesamten Probleme verkehrlicher Art der Stadt Bremen zu lösen, der ist natürlich auf dem Holzweg. Man kann und darf nicht alles miteinander verbinden. Wir wollen durch den Autobahnring natürlich Verkehre aus der Stadt heraushalten, das ist ja das Ziel der Schließung des Autobahnringes, aber trotzdem gibt es noch viele Verkehre, die sich auch innerhalb dieser Stadt abspielen, und die müssen auch ordentlich abgewickelt werden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wer hätte eigentlich gedacht, als wir das in unserer Koalitionsvereinbarung geschrieben haben, dass die Realisierung der A 281 und die Schließung des Autobahnringes bis 2010 erfolgen könnten! Wir haben immer von ersten Baustufen, von ersten Abschnitten gesprochen. Ich glaube, der Grundstein ist gelegt worden 1995 durch Gründung einer Projektgesellschaft, die sich dieses Themas allein angenommen hat. Es hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten ja diverse Vorstöße gegeben, was die A 281 betrifft, die sind alle nicht weitergekommen, aber 1995 oder Anfang 1996 haben wir das konzentriert durch diese Projektgesellschaft. Eine sehr kluge Entscheidung

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) dung der großen Koalition, die im Übrigen, ich meine, die gesamte – –.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein Beschluss von 1995! Vor der großen Koalition!)

1995, das habe ich gesagt! Sie haben doch keine gegründet, wir haben die gegründet. Sie müssen nicht nur reden, sondern auch handeln! Gehandelt haben Sie nicht, wir haben gehandelt, haben die Projektgesellschaft gegründet, die ist in die Füße gekommen. Heute haben wir 2003 und können absehen, dass wir 2010 fertig sind mit der Schließung des Autobahnringes. Das ist doch eine hervorragende Leistung!

(Beifall bei der CDU)

Vor zwei Jahren haben wir noch gesagt, eine Weserquerung, wenn wir die einmal 2020, 2025 bekommen könnten eventuell! Jetzt haben wir die Möglichkeit durch gute Vorplanungen, dass wir in frühzeitige Verhandlungen treten können,

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Dank der richtigen Bundesregierung!)

(B) und Sie hatten mit Ihrem kurzfristigen Minister Bodewig kurz vor der Wahl natürlich gute Chancen, weil der natürlich alles Mögliche versprechen musste. Deshalb haben wir das auch hinbekommen. Das war ja auch in Ordnung, keiner meckert darüber.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Er hat es gehalten!)

Ich finde, man sollte nicht sagen, der eine hat hier und der andere dort etwas gemacht, sonst sage ich nämlich, wir haben das gemeinsam ausgehandelt, wir haben das gemeinsam bewirkt, die beiden Ressorts Bau und Umwelt und Wirtschaft sind da hingefahren, haben die Verhandlungen geführt und haben ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Das allein zählt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht das alles, was Carsten Sieling gesagt hat, noch einmal aufwärmen und wiederholen, aber ich müsste doch noch einmal unsere Position sagen, was den Tunnel betrifft. Das möchte ich Ihnen auch sagen, Frau Krusche, dass Sie jetzt so die Kurve bekommen haben, liegt natürlich auch daran, dass wir hier so ein hervorragendes Ergebnis erzielt haben, dass der Bund sich mit einer erheblichen Summe an der Anschubfinanzierung beteiligt.

Ich mache aber noch einmal deutlich, weil wir ja die Finanzierung über Mautgebühren bekommen, wird es noch zu untersuchen sein, und da werden ja

jetzt erst die Verhandlungen geführt, und wir bekommen die Angebote irgendwann, ob es Unternehmen gibt, die mit dieser Anschubfinanzierung auch eine vernünftige Lösung hinbekommen, was ich sehr hoffe, denn sonst kann es unter Umständen für uns noch einmal wieder teurer werden. Wir wollen hoffen, dass das so funktioniert, dass sie auf dieser Basis, die meines Erachtens vernünftig ist, auch eine anständige Lösung hinbekommen.

(C)

Aber wir, und das war von Anfang an eigentlich unsere Meinung, waren immer für einen Tunnel und nie für eine Brücke und haben alles daran gesetzt, dass es auch zu einem Tunnel kommen wird. Eine Brücke, die Ausmaße hat, die sich hier kaum jemand vorstellen kann, über 60 Meter hoch mit riesigen Vorläufen, würde, glaube ich, einen wesentlich größeren Einschnitt in die ökologische Landschaft dieses Gebietes dort in Seehausen bedeuten als ein Tunnel, meine Damen und Herren.

Im Übrigen kann man aus anderen Beispielen, wo Brücken gebaut worden sind, sehen, dass sie gerade in unserer norddeutschen Region oftmals aufgrund der Witterung wegen ihrer Höhe nicht befahrbar sind und teilweise für Tage geschlossen werden müssen. Was das dann bedeutet für eine private Finanzierung über Mautgebühren, kann man, glaube ich, nachvollziehen, so dass wir da erhebliche Probleme mit einer privaten Finanzierung bekommen hätten.

Das Fazit für mich ist: Wir haben eine hervorragende Lösung hier ausgehandelt bekommen von allen beteiligten Ressorts, Bund und Land. Die Projektgesellschaft hat die Planungen zügig vorangetrieben. Die Bauabschnitte werden fortgeführt. Wenn es jetzt, was ich eben angesprochen hatte mit den Vorlagen, aufgrund dieser Anschubfinanzierung mit den 40 Millionen zu anständigen Gebühren kommt, die auch angenommen werden müssen von den Lkw-Fahrern und Pkw-Fahrern, wenn es zu dieser Lösung kommt, dann werden wir 2010 den geschlossenen Autobahnring haben. Dann haben wir, glaube ich, eine hervorragende Leistung in diesen letzten zwölf Jahren vollbracht. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich werde diese Bürgerschaftssitzung in besonderer Weise in Erinnerung behalten, weil es doch schon etwas außergewöhnlich ist, dass wir zumindest zu den Themen, die mein Haus betreffen, in einer solchen Fülle gemeinsam davon reden, dass es sich um Erfolgsgeschichten handelt.

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir hatten das im Verlauf dieser Sitzung, und das ist schon etwas Besonderes. Ich denke, in besonderem Maße kann man auch das, worüber wir jetzt reden, nämlich über den Ringschluss der A 281, unter den Titel Erfolgsgeschichte fassen. Herr Focke hat eben darauf hingewiesen, dass wir noch zu Beginn dieser Legislaturperiode keineswegs davon ausgegangen sind, dass es uns gelingen würde, die Finanzierung so hinzubekommen. Das ist nur gegangen, weil wir an dieser Stelle sehr gemeinschaftlich Dinge vorbereitet haben, einschließlich der Gesellschaft, die angesprochen worden ist, aber auch einschließlich, das möchte ich an dieser Stelle schon noch erwähnen, einer großen Unterstützung von Herrn Kröning, der als Bundestagsabgeordneter seinerseits viel Arbeit daran gesetzt hat, das Bundesministerium zu überzeugen,

(Beifall bei der SPD)

so dass wir zu einer solchen Lösung gekommen sind.

Ich denke, dass wir damit tatsächlich etwas erreicht haben, was niemand gedacht hätte, dass es zu schaffen sei. Der Bau dieser die Stadt vom Verkehr entlastenden Autobahn ist in seinen wesentlichen Bauabschnitten nun gesichert. Das war zu Anfang dieser Legislaturperiode nicht klar.

(B) Was macht das Projekt so wichtig? Das ist von meinen Vorrednern schon angesprochen worden. Es ist, dass wir durch die A 281 die A 1 und die A 27 besser erreichen können. Damit gibt es eine bessere Erreichbarkeit der Nordseehäfen. Die A 1 einschließlich des Bremer Kreuzes wird entlastet. Das war eben auch von Frau Krusche noch einmal angesprochen worden.

Natürlich erwarten wir uns weitgehende Effekte von diesem Tunnelschluss. Es ist angesprochen worden, welche Entlastungseffekte es für die Neustadt gibt, welche Perspektiven es für das Güterverkehrszentrum auf der einen Seite, auf der anderen Seite für den Industriepark West bedeuten wird, weil es hier gerade wichtig ist, dass er auch in stärkerem Maße bei den großen Flächen, die dort erschlossen sind, besser angenommen wird. Davon versprechen wir uns auch sehr viel. Ich denke, dass einschließlich der Entlastung auch der Neustadt von den jetzt sehr belastenden Verkehren dies insgesamt eine ökologische Investition ist, die wir hier vornehmen.

Was konkret mit dem Bund verabredet worden ist, wurde eben auch schon mehrfach vorgetragen, das private Betreibermodell. Die Finanzierung wird insgesamt 200 Millionen Euro betragen, der Bund wird 35 Millionen Euro als Anschubfinanzierung für das Betreibermodell geben, die gegebenenfalls notwendige Anschubfinanzierung in Höhe von voraussichtlich sechs Millionen Euro wird durch das Land Bremen erbracht werden.

(C) Die Gesamtkosten der Autobahneckverbindung A 281 zwischen A 27 und A 1 belaufen sich nach den heutigen Berechnungen auf 742 Millionen Euro. Die große Koalition hat davon erhebliche Anteile durch das Land Bremen vorfinanziert. Das Ergebnis intensiver Verhandlungen: Der Bund übernimmt weitere 501 Millionen Euro, und etwa 166 Millionen Euro, also 22 Prozent, werden privat finanziert. Das Land Bremen ist damit nach heutigem Kostenstand mit etwa 75 Millionen Euro, also gerade zehn Prozent, an diesem Gesamtprojekt beteiligt. Das ist ein guter Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zeitplan: Der erste Bauabschnitt der A 281 ist festgestellt. Die verbleibenden Abschnitte der A 281 einschließlich der Bundesstraße 212 befinden sich in Planung. Bis 2007 soll durch die Baumaßnahme auch die erste Baumaßnahme des dritten Bauabschnitts bis zum Güterverkehrszentrum fertiggestellt werden, ein Vorhaben, das ebenfalls eine hohe verkehrspolitische Priorität besitzt.

Mit der jetzt erreichten Übereinkunft zum Bau des Wesertunnels ist der Ring komplett. Die Übereinkunft mit dem Bund sichert, dass die Mautgebühr in einer akzeptablen Höhe bleibt und dadurch weniger Verkehre auf andere Strecken ausweichen. Nach diesem Parforceritt in dieser Legislaturperiode ist es jetzt realistisch, die Fertigstellung mit Ausnahme des fünften Bauabschnittes für 2010 anzustreben.

(D) Meine Damen und Herren, mit den Beschlüssen zur A 281 haben wir in dieser Legislaturperiode, denke ich, einen Meilenstein für die Stadtentwicklung, die Wirtschaftsstruktur und für die Sanierungspolitik gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Die Entscheidung für den Tunnel ist Schlusspunkt eines verkehrspolitischen Erfolges, den zu Beginn dieser Legislaturperiode niemand zu hoffen gewagt hätte. Es ist das Ergebnis zielgerichteter Planungsarbeit, mit der wir den Bund von diesem Projekt überzeugen konnten. Berücksichtigt man dazu noch den sechsspürigen Ausbau der A 27 in einem überlasteten Teilbereich, dann wird deutlich, welche Fortschritte für Bremens Infrastruktur wir in dieser Legislaturperiode gemacht haben. Was bleibt, ist jetzt eine ganze Menge Arbeit, denn das muss alles noch praktisch umgesetzt werden. Dies werden wir zügig angehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich darf fast zum Schluss unserer heutigen Tagesordnung noch die Klasse 9 f der St.-Johannis-Schule hier begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

(A) Wir machen aber gleich Schluss.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Wesertunnelentscheidung und einer Mitfinanzierung der Anschubfinanzierung in Höhe von sechs Millionen Euro seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Wesertunnelentscheidung und einer Mitfinanzierung der Anschubfinanzierung in Höhe von sechs Millionen Euro zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Ulrich Freitag hat mir gestern ein Schreiben übergeben, in dem er mir mitteilt, dass er zum Ende des Monats aus der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ausscheidet. Der Kollege Freitag hat in Bremerhaven eine andere Funktion übernommen, für die er gestern einstimmig nominiert und gewählt wurde.

(B) Der Kollege Ulrich Freitag war im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, im Rechtsausschuss, in der staatlichen Deputation für Inneres und in der staatlichen Deputation für Wirtschaft. Ich glaube, alle Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen haben ihn als einen ruhigen, in der Sache versierten Kollegen empfunden, seine Arbeit wertgeschätzt, und ich glaube, das kann man insgesamt für das Haus hier deutlich machen.

Meine Damen und Herren, als Magistratsdirektor ist er der höchste Beamte in unserer Schwesterstadt Bremerhaven. Der Magistratsdirektor bildet die Schnittstelle zwischen Magistrat, Senat und Interessengruppen. Gerade in Verbindung zum Land ist die Position bedeutend, denn auch der Magistratsdirektor ist Mitglied der Staatsrätekonferenz. Meine Damen und Herren, so war und ist es gut, dass der Kollege Freitag dreieinhalb Jahre Mitglied des Landtags war. So konnte er feststellen, dass es keine kolonialen Gedanken seiner Kolleginnen und Kollegen in Bremen gegenüber Bremerhaven gibt,

(C)

(Beifall)

sondern er konnte feststellen, dass eine tiefe Zuneigung und Wertschätzung

(Heiterkeit)

gegenüber unserer Stadt Bremerhaven hier stattgefunden hat.

Wir wissen alle, dass in der Politik das Menschliche eine wesentliche Rolle spielt. Nicht die ausgehandelten Koalitionsverträge, sondern das Menschliche untereinander trägt zum Erfolg in der Politik bei, und ich glaube, dazu hat der Kollege Freitag erheblich beigetragen.

Ich wünsche ihm für seine neue Funktion in Bremerhaven alles erdenklich Gute, dass die Aufbruchstimmung in Bremerhaven weiter voranschreitet. Dazu drücken wir Ihnen alle gemeinsam den Daumen. – Herzlichen Dank für die dreieinhalb Jahre!

(D)

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 12.12 Uhr)